

Ausgabe 148
Januar/Februar 2009



Schieß doch Bulle

Vorwort

Liebe Genoss_innen,

beim Erstellen dieser Ausgabe gingen uns die Bilder aus Griechenland nicht aus dem Kopf. Allerdings sollte man beim Staunen über die Proteste in Griechenland das Opfer der Bullen , Alexis Grigoropoulos, nicht vergessen.
Der Vorfall in Griechenland steht allerdings nicht isoliert da. Auch in der BRD kommen Menschen durch staatliche Gewalt zu Tode. Laya Conde starb an den Folgen eines zwangsweise verabreichten Brechmittels (wir erinnern an Achidi John), Oury Jalloh verbrannte, an Händen und Füßen gefesselt, in einer Polizeizelle. Die Verantwortlichen wurden freigesprochen. Es war wichtig sich dazu zu verhalten und gut das am 21.12.2008 in Hamburg eine Anti-Repressionsdemo stattfand.
Die Proteste hier wurden mal wieder von einem massiven Bullenaufgebot begleitet, das es uns fast unmöglich machte, unseren Unmut gemeinsam auf die Straße zu bringen. Es bleibt die Frage, ob und wie wir auf solch repressiven Maßnahmen reagieren können. An das Konzept "out of control" anzuknüpfen, könnte eine Alternative sein - wir sind aber sehr interessiert an Vorschlägen, Diskussionen und Anregungen von Euch an dieser Stelle. Die ZECK würden sich dabei gerne ganz selbstlos als Diskussionsplattform zur Verfügung stellen.

Auch der Wasserturm kommt nicht zur Ruhe und das ist gut so. Eine Frage beschäftigt uns in der Redaktion schon sehr: Wo sind die 50 Jacken, die Sylvester aus dem Mövenpick mitgenommen worden sind, geblieben? Alle wollen dasselbe - Mövenpickjacken in die Elbe! Sämtliche Kleiderkammern Hamburgs warten auf Euch. Großartige Aktion!

Aus technischen Gründen kann es sein, dass uns einige Zuschriften nicht erreicht haben. Wir werden diese aber in der nächsten Ausgabe berücksichtigen. Hocherfreut sind wir über über die Soliparty die am 21.02. stattfindet. Danke schön!

In diesem Sinne:
Lasst es krachen!

Eure Zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Kurzes

ZECKig ins näxte Jahrtausend

Soli-Party für internationalen Aktionstag (20.12.) und ZECK: 2 Ebenen: 80er, alternative Disco mit Plattenauktion (Er & sein Bruda)
Samstag 21.02.09, 22h Rote Flora
Solidarität ist eine Waffe!
Aufstand ein Argument!

EXPRESS: Der linksradikale Aktionsnewsletter für Hamburg und Umgebung!

Ab Februar 2009 wird es den linkdradikalen Aktionsnewsletter EXPRESS geben.
EXPRESS ist eine Mobilisierungsplattform für akute aktionsbezogene Informationen und Ankündigungen im linksradikalen Spektrum von Hamburg und Umgebung.
Empfangen können die Mails alle Interesssierten, die sich zuvor selbst auf EXPRESS eingetragen haben. (Siehe ab Februar: http://express.nadir.org)
Schreibberechtigt sind zu Beginn ca. 30 aktive regionale linke Gruppen. Die Gruppen senden ihre Aufrufe, Termine und sonstige Infos im Zusammenhang mit Straßenaktivismus über die Liste und können somit schnell viele Leser_innen erreichen. Mails von Einzelpersonen und nichtschreibberechtigten Gruppen werden von einem Moderationsteam freigeschaltet, bevor sie über die Liste gehen.
EXPRESS + linksradikal und aktionsorientiert + Vernetzung aufbauen + Widerstand praktizieren + ab Februar eintragen unter http://express.nadir.org

---

Angriffe auf das Versammlungsrecht

Die Regierung Baden-Württembergs hat eine Reform des Versammlungsgesetzes beschlossen. Das neue Gesetz, welches am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, wird die schon jetzt bestehenden Einschnitte des Versammlungsrechtes weiter verschärfen. Das Versammlungsgesetz orientiert sich inhaltlich an dem bayrischen Vorbild. Die Implementierung in Baden-Württemberg findet passend vor dem 60. NATO-Jubiläum im April diesen Jahres statt. Die Pläne der CDU geführten Regierung hatten und haben in Baden-Württemberg breite Proteste zur Folge. In Mannheim, Stuttgart und Freiburg gab es Demonstrationen mit bis zu 2500 Menschen. Auch in Niedersachsen soll nun ein neues Versammlungsgesetz, in Anlehnung an das bayrische Modell, in Kraft treten. Es ist zu erwarten, dass weitere unionsgeführte Länder folgen werden.

Polizeirecht am Grundgesetz vorbei
Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus forderte im Vorfeld der Demonstration gegen staatliche Morde am 20.12.offen, das Demonstrationsrecht abzuschaffen: "Ich würde die Demonstration am liebsten ganz verbieten, aber das geht nicht. Das Grundgesetz schiebt uns einen Riegel vor." (Hamburger Abendblatt, 20.12. 08). Die Demo wurde anschließend am Versammlungsrecht vorbei aufgelöst und ihrer Route beschnittten. Die Haltung legal, illegal scheißegal ist somit wohl auch in der Innenbehörde angekommen. Das Mittel der Demonstration erscheint für Proteste zunehmend ausgehölt, spontane und unkontrollierbare Aktionsformen sind daher ebenso notwendig, wie breite Kampagnen gegen die zunehmende Repression und den ausufernden Überwachungsstaat.
Die jüngste Entwicklung lässt aufscheinen, dass auch in Hamburg ganz im bundesweiten Trend mit einer weiteren Verschärfung des Versammlungsrechtes zu rechnen ist, um polizeilichen Angriffen auf Demonstrationen zukünftig eine formaljuristisch legale Grundlage zu simulieren.

Ahlhaus: "härtere Strafen für gewalttätige Demonstranten"
Bis es soweit ist macht Alhaus unter schwarz/grüner Duldung weiter Stimmung gegen das Demonstrationsrecht. Zur Eindämmung von Krawallen bei Demonstrationen will der Hamburger Innensenator Demonstrant_innen künftig härter bestrafen. "Die Mindestfreiheitsstrafe sollte von sechs Monaten auf ein Jahr angehoben werden", forderte der CDU-Politiker in einem Interview der Nachrichtenagentur AP und fügte hinzu: "Wir erleben bei manchen Demonstrationen eine hohe Gewaltbereitschaft, und die bisher verhängten Strafen sind meines Erachtens viel zu gering." Das Militanz aber auch eine Antwort auf grenzenlose Polizeigewalt sein kann, zeigen gerade die jüngsten Proteste in Griechenland.

Fight the Power!

Rote Hilfe Hamburg:

Im neuen Jahr, also ab dem 6.1., findet ihr uns immer Dienstags um 19:30 im Centro Sociale auf dem einstigen Schlachthofgelände in der Sternstr. 2, Ecke Neuer Kamp/U-Bahn Feldstraße.

Braucht Hamburg eine linksradikale autonome schwule Antifa?

Ich bin der Meinung, ja, und das aus verschiedenen Gründen.

Erstens: Der Homophobie in der bürgerlichen Gesellschaft muss etwas in den Weg gestellt werden.
Denn solange, wie wir Schwule uns immer noch dumme schwulen Witze von einem Herrn Raab anhören müssen, solange, wie schwule Schüler Angst haben müssen, dass sie was aufs Maul bekommen, wenn sie sich outen, (ihr Schwulsein öffentlich machen), oder der Staat, der die Homosexualität als Erpressung nutzt, um Aussagen über andere Beschuldigte zu erhalten (so geschehen in einem Verfahren nach §129a, das sich gegen Magdeburger Antifaschisten richtete) brauchen wir eine schwule Antifa. Aber auch in der linken Szene ist die Homophobie leider keine Seltenheit

Zweitens: Teile der Schwulengesellschaft sind faschistisch.
So hat z.B. das Berliner Schwulen-Stadtmagazin Siegessäule in November des Jahres 2003 mit dem Slogan "Türken raus " geworben. So finden sich beispielsweise beim schwulen Datingportal Gayromeo. com diverse Internetprofile von schwulen Nazis. Auch haben sich dort einige in politischen Clubs zusammengefunden. Der Gayromeo- Club "German Boys" wendet sich an alle, "die ganz selbstverständlich ihr Land lieben" (Stand: November 2008). Der Club "KovservatRevolution" stellt sich gegen eine angeblich vorhandene "Vereinnahmung schwuler Lebenskultur von linksextremer Seite" (Sand: November 2008). Zudem finden sich auch Anhänger von Apartheitsregimen und rassistischen Meinungsbildern ungestört in eigenen Clubs zusammen.
Auch heterosexuellen-feindliches Verhalten ist leider bei einigen Schwulen keine Seltenheit. So konnte ich auf dem CSD 2007 eine Auseinandersetzung mitbekomme, in der es darum ging, ob Nicht-Schwule auf ei-

ner Schwulenveranstaltung sein dürften. Oder auch Schwule haben genau so dumme und menschenverachtende Sprüche drauf, wie einige Heterosexuelle.

Und darum ist es leider nötig, eine starke linksradikale autonome schwule Antifa in Hamburg zu bilden, die mit Köpfchen und Fantasie dem Treiben ein Ende bereitet, und da, wo gute Argumente auf der Straße, in der Bahn, im Stadion und in den Köpfen versagen, andere Wege finden, um sich Gehör zu Verschaffen.

Keine Chance für Homophobie und Heterosexuellenhass.
Wenn du Bock hast auf schwule politische Arbeit, dann kannst Du im Infoladen Schwarzmarkt Kleiner Schäferkamp 46 - 20357 Hamburg, S-U Bahn Sternschanze, eine Nachricht für autonome schwule Antifa hinterlassen.

Knaststrafen für Ungdomshus-aktivistInnen

Am 22.12.2008 fiel im Kopenhagener Stadtgericht das Urteil gegen die 15 AktivistInnen, die sich im autonomen Ungdomshuset in Protest gegen die bevorstehende Räumung verbarrikadiert hatten. Sie wurden am 1.März 2007, unmittelbar vor dem Abriss des Ungdomshuset von einer Anti-Terroreinheit der Polizei verhaftet, die in einer Überraschungsaktion via Hubschrauber vom Dach aus ins besetzte Haus eindrang.
Das Urteil war ganz offensichtlich mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt. Während diese ein- bis eineinhalb Jahre unbedingte Gefängnisstrafen für die AktivistInnen forderte, betrug das tatsächliche Urteil dann nur eine geringfügige Abweichung.

Die Urteilsbilanz: Unbedingte Gefängnisstrafen für sämtliche Angeklagten.
- ein Jahr und drei Monate für 11 AktivistInnen,
- ein Jahr für drei AktivistInnen und
- neun Monate für eine Aktivistin.

Der Schwerpunkt der Urteilsbegründung war das vorgefundene Depot an Verteidigungsmaterial: Helme, Gasmasken, Überwachungsinstrumente, etc., sowie der "illegale Aufenthalt" im zu diesen Zeitpunkt bereits vom sozialdemokratisch dominierten Kopenhagener Stadtrat vertragsbrüchig verkauften Haus an die christliche "Vaterhaus"-Sekte.

Die AktivistInnen haben 14 Tage Zeit, um ein Revisionsverfahren zu beantragen. Klar ist allerdings, das mit diesem Urteil der Kampf für alternative Kultur - und selbstverwaltete Freiräume stellvertretend kriminalisiert wurde. Zur Abschreckung für alle diejenigen, die sich gegen die kommerzielle Normalisierungspolitik der HERRschenden zur Wehr setzten und konkrete Alternativen konzipieren.

aus: indymedia

Die Rote Hilfe begrüßt die Freilassung von Christian Klar

Am heutigen Freitag, den 19.12.2008, wurde Christian Klar nach mehr als 26 Jahren Haft aus der Justizvollzugsanstalt Bruchsal entlassen. Er war nach jahrelanger Suche am 16. November 1982 festgenommen und seitdem "unter Verschluss" gehalten worden. 1992 wurde er unter anderem wegen angeblicher Beteiligung an den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback, an Bankier Jürgen Ponto und an Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer zu lebenslanger Freiheitsstrafe als Gesamtstrafe verurteilt, die aus sechs lebenslangen Einzelfreiheitsstrafen und so genannten zeitigen Freiheitsstrafen von 15, 14 und zwölf Jahren gebildet worden war.
Die Rote Hilfe hat seit vielen Jahren die längst überfällige Freilassung der verbliebenen Gefangenen aus der "Rote Armee Fraktion" (RAF) gefordert. Dass diese Forderung nicht durchsetzbar war, zeigt nicht nur eine Niederlage der Solidaritätsbewegung. Es offenbart auch die Tatsache, dass der Umgang mit den Gefangenen aus der RAF bis zum heutigen Tag, mehr als zehn Jahre nach ihrer Selbstauflösung, von einem staatlichen Rachebedürfnis geprägt ist. Insbesondere Christian Klar ist als Symbolfigur für den Aufbruch der Stadtguerillagruppen in den 1970er Jahren abgestraft worden; er war länger inhaftiert als irgendein anderer Gefangener aus der RAF.
Die rechtsstaatlichen Sonderbehandlungen, die den ehemaligen und vermeintlichen Mitgliedern der Roten Armee Fraktion zuteil wurden, dämpfen die Freude allerdings erheblich. Gekaufte KronzeugInnen, verschwundene, unter Verschluss gehaltene oder vernichtete Beweise und Dokumente, ausgehebelte VerteidigerInnenrechte und Sondergesetze machten und machen diese Verfahren zur offensichtlichen Farce. Der Terrorparagraph 129a erübrigte in den meisten Fällen jeden individuellen Tatnachweis. Allen Mitgliedern der RAF wurden regelmäßig sämtliche, während ihrer Mitgliedschaft begangene Taten zur Last gelegt. Den auf dem Gewaltmonopol beruhenden bürgerlichen Rechtsstaat wurmte es besonders, dass einige Angeklagte, darunter Christian Klar, nicht zu justizgefälligen Reuebekundungen bereit waren. Erst letztes Jahr war Christian aufgrund antikapitalistischer Bekundungen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz von Bundespräsident Köhler die Unterschrift unter ein so genanntes Gnadengesuch verweigert worden.
Die Rote Hilfe, nicht nur der Bundesvorstand, sondern alle Ortgruppen, Gremien und Mitglieder, wünschen Christian Klar einen guten Start ins Leben außerhalb der Knäste. Bedanken möchten wir uns bei seinem Anwalt Dr. Schneider für die unermüdliche Arbeit, die er geleistet hat, und bei all jenen, die sich jahrelang für die Freilassungsforderung eingesetzt haben und dabei sehr solidarisch miteinander umgegangen sind.
Der Kampf gegen die politische Justiz und für die Freiheit der politischen Gefangenen ist aber keineswegs überflüssig geworden. So sitzt mit Birgit Hogefeld ein weiteres Mitglied der RAF im Gefängnis, in Stammheim findet zurzeit ein absurdes 129b-Verfahren gegen türkische Exil-Linke statt und in Berlin müssen sich aktuell drei Genossen wegen einer vermuteten Mitgliedschaft in der "militanten gruppe" verantworten.
Unsere Solidarität bleibt unteilbar: Angeklagt sind wenige, gemeint sind wir alle!

Die Rote Hilfe e.V. fordert auch weiterhin:
Weg mit den Gesinnungsparagraphen 129a und 129b!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Verbot des Internationalen Aktionstag gegen Repression in Bremen

Dass man Weihnachtsmärkte faktisch über das Demonstrationsrecht zu stellen pflegt, ist nichts Neues. Überlegungen ganze Demonstrationen auf dieser Grundlage zu verbieten, kennen wir auch aus Hamburg. In Bremen wurde dies nun real. Als Begründung dienten neben dem Weihnachtsmarkt auch die aktuellen Auseinandersetzungen in Griechenland.
Auf der Anti-Repression-Demo sollten neben dem Mord in Griechenland die Freisprüche für Polizisten und Staatsbedienstete hierzulande, die den Brechmitteltod von Laya Condés (in Bremen) und dem Feuertod Oury Jallohs (in Dessau) zu verantworten haben, thematisiert werden. Diese Schwerpunktsetzung wurde nun

ebenfalls herangezogen, um eine "aufgeheizte Stimmung" der Demonstrant_innen und eine "Gefahrenlage" zu prognostizieren. So begründete also der Staat, dass er den Protest nicht zulassen will absurderweise damit, dass er anerkennt, selbst den Anlass für ihn hervorgebracht zu haben - die Folgen nun aber leider für unkalkulierbar einschätzt.
Trotzdem versammelten sich rund 300 Demonstrant_innen in der Bremer Innenstadt. Die Demonstration , wurde jedoch bald komplett eingekesselt, und 170 Teilnehmer_innen unter dem Vorwand gegen das Demonstrationsverbot zu verstoßen Ingewahrsam genommen.

Get up! Stand up!

Wer nicht kämpft, hat schon verloren! - Für den Erhalt des HaKs!

Das Hotel am Kalkberg in Bad Segeberg besteht nun seit etwa 7 Jahren. Wir sind ein selbstverwaltendes Jugendkulturzentrum, welches von Jugendlichen ehrenamtlich aufgebaut wurde. Schon seit der Eröffnung gibt es Konflikte mit Anwohnern und der Stadtverwaltung!

Die Stadt Bad Segeberg hat uns schon von 72 Großveranstaltungen/Jahr auf 12 Großveranstaltungen begrenzt. Da nach der Hip Hop Veranstaltung \"Rap am Berg 9\", Schmierereien in der Innenstadt zu sehen waren, die man uns zur Last trug, hat die Stadtverwaltung uns nun ein absolutes Verbot auf Großveranstaltungen ausgesprochen!

Diese Nachricht mussten wir der Presse entnehmen, da die Stadtverwaltung es nicht für nötig hielt uns darüber in Kenntnis zu setzen! Diese Großveranstaltungen waren unsere Haupteinnahmequelle. Nun haben wir große finanzielle Existenzprobleme! Um den Komplikationen ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, haben wir uns dafür entschieden mit dem HaK umzuziehen, doch die Stadt Bad Segeberg findet kein anderes Gebäude. Nun sind wir nicht weiter bereit auf Kompromisse mit der Stadtverwaltung einzugehen und uns unsere Autonomie nehmen zu lassen!

Wir rufen auf, uns zu unterstützen und in diesem Sinne mit uns, unser Anliegen auf einer friedlichen, bunten und LAUTEN Demonstration durchzusetzen!!!

Beteiligt euch lautstark an der Demo am 10.01.2009 um 14:30 Uhr am Bahnhof in Bad Segeberg!

FAU-Se, HaK, Plan-B

Burschenschaft gestört

Über 200 AntifaschistInnen haben am Freitag den 21.11.2008 gegen das "Verbände-Kommers" von Hamburger Burschenschaften und Verbindungen demonstriert, zu dem der "Akademische Bismarkausschuß" ins Haus der Provinzialloge zu Niedersachsen direkt am Platz der jüdischen Deportierten eingeladen hatte.
Ein solches Festkommers findet jedes Jahr statt, und ist eine Großveranstaltung bei der alte und junge Korporierte aus den unterschiedlichen Verbindungen zusammen kommen. In Hamburg gab es zuletzt im Jahr 2005 eine Mobilisierung gegen diese Veranstaltung. Bei der Kundgebung wurde das Logenhaus mit lauter Musik beschallt, Sprechchöre gerufen und Redebeiträge gehalten. Es gab eine Schweigeminute für die Opfer des Faschismus und am Mahnmal am Platz der jüdischen Deportierten wurden Blumen und Kerzen hinterlegt. Die Kundgebung wurde mehrfach gestört durch Aggressionen von Seiten der Polizei, die grundlos in die Versamlung reinprügelte und einen Antifaschisten verhaftete.

Ein Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung konnte schon am Abend des Kommerses verbucht werden: Die Burschenschaft "Germania", die eindeutig dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnen ist, wurde dieses mal kurzfristig ausgeladen. Vorher hatte ein offener Brief des Hamburger Bündnisses gegen Rechts über die Aktivitäten der Burschenschaft aufgeklärt, und die "Arbeitsgemeinschaft für Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger", die das Logenhaus ebenfalls nutzt, hatte sich sich bei den Betreibern des Hauses beschwert. Daraufhin erklärten sich sämtliche in der "Deutschen Burschenschaft" organisierten Hamburger Burschenschaften mit der Germania solidarisch und sagten aus Protest ihre Beteiligung am Kommers ab. Ebenfalls abgesagt haben die "Vereinigung Alter Burschenschafter" (in deren Vorstand seit Februar der ex-FAPler und Anti-Antifa-Aktivist Norbert Weidner sitzt), sowie die "Landsmannschaft Mecklenburgia". Die Ausladung hat die Korporierten offenbar vollkommen überrascht und überfordert. Angeblich haben sich aber auf dem Kommmers alle anwesenden Bünde gegen die Ausladung ausgesprochen.
Die Kundgebung ist als klarer Erfolg zu bewerten. Weitere Aktivitäten sind notwendig, ebenso wie eine verstärkte Aufklärung über die Machenschaften von Burschenschaften und Verbindungen. Die gewalttätigen Übergriffe von Seiten der Polizei auf die Kundgebung sollten ein Nachspiel haben.

Erneuter geheimdienstlicher Anwerbeversuch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

Am Donnerstag, den 11. Dezember 2008 hat es in Hamburg einen erneuten Versuch der Kontaktaufnahme von Seiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (Köln) gegeben.
Zwei Männer klingelten gegen 14 Uhr an der Haustür eines anarchistischen Genosssen und stellten sich unumwunden als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus Köln vor. Der Beamte, der das Wort ergriff, war etwa 30 Jahre alt und 1,90 Meter groß, stellte sich als Thomas vor. Seinen VS-Kollegen stellte er als Matthias vor, dieser war etwa 50 Jahre alt und um die 1,70 Meter groß.
Direkt nach dem Vorstellungssatz schlug der Genosse den Beamten die Tür vor der Nase zu. Zu einem weiteren Versuch der Kontaktaufnahme kam es dann nicht mehr. Den Inlandgeheimdienstlern die Tür vor der Nase zuzuschlagen, war die einzig richtige Reaktion. Denn das Ziel des Verfasssungsschutzes ist es, Informationen zu sammeln. Jedes Wort kann für sie ein Baustein in ihrem Bild von den politischen Zusammenhängen sein - auch wenn uns selbst eine Info noch so nebensächlich erscheint. Ebenso ist es wichtig, solche Anwerbeversuche öffentlich zu machen - da Geheimdienste nun einmal ihr Treiben geheim halten wollen. Auch für die Betroffenen selbst und für ihr soziales und politisches Umfeld ist es besser, wenn über solche Represssionsmaßnahmen in aller Offenheit diskutiert und das richtige Verhalten im Umgang mit dem VS anhand solcher Vorfälle immer wieder thematisiert werden.
(...)
Die Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe e.V. protestiert hiermit zum wiederholten Male aufs Schärfste gegen die geheimdienstlichen Anwerbeversuche!

Schwerpunkt Griechenland

If I do not burn - If you do not burn - If we do not burn ... How will darkness come to light?

Eine Einschätzung der Situation aus Athen

Unmittelbar, nachdem der Tod von Alexis bekannt gegeben wurde, gingen Hunderte in Athen auf die Straßen. Gegen 24 Uhr fanden mehrere Demos statt, die sich dann in der Innenstadt trafen. Insgesamt demonstrierten ca. 2000 Leute. Es gab die ersten Auseinandersetzungen mit den Bullen; Müllcontainer gingen in Flammen auf.

Am Sonntag Morgen fanden sich viele SchülerInnen und Eltern am Polizeihauptquartier ein, um ihrer Wut und Bestürzung Ausdruck zu geben. Am Mittag gab es dann die erste größere Demo. Ziel war ebenfalls das Polizeihauptquartier. Es nahmen wohl ca. 8000 Menschen teil. Die Demo hatte außerordentlich viel Kraft; die Wut der Leute war kaum zu überhören. Kaum waren die ersten paar hundert Meter zurükkgelegt, gingen die ersten Scheiben zu Bruch. Im weiteren Verlauf der Demo wurden alle größeren Geschäfte, Banken und Autohäuser entglast. Die Autos in den Autohäusern wurden in Brand gesetzt, ebenso wie verschiedene Bankfilialen. Die Polizei setzte unglaubliche Mengen von Tränengas ein, ohne dass es ihr aber gelang, die Demonstration aufzuhalten. So wurde z. B. auch versucht, das Entwicklungsministerium zu schützen. Die Polizei mußte sich jedoch nach massiven Steinwürfen zurückkziehen; der Eingangsbereich des Ministeriums brannte komplett aus. Erst als ein paar hundert Meter vor dem Polizeihauptquartier einige Wannen querstanden, ging es nicht mehr weiter. Der größte Teil der Demo war zu diesem Zeitpunkt bereits abgespalten worden und umgekehrt.

Am Montag Vormittag gab es viele Demonstrationen von SchülerInnen. Ganze Schulen gingen auf die Straßen. Alle großen Verkehrsadern Athens wurden für Stunden blockiert. Das Polizeihauptquartier wurde von SchülerInnen belagert, die sogar versuchten, dort einzudringen.
Am Abend, 18 Uhr, fand dann die zweite große Demo statt. Für viele erstaunlich war, daß diese Demo noch sehr viel größer war als die am Sonntag. Denn nach den heftigen Auseinandersetzungen mit den Bullen am Sonntag wurde befürchtetet, daß am Montag nicht mehr so viele Leute kommen würden. Das Gegenteil war der Fall. Die Schätzungen für die Demo-Teilnahme gestern bewegen sich bei Zahlen von 20.000-40.000. Es waren viele Menschen dabei, die man entweder noch nie oder jedenfalls lange nicht auf Demos gesehen hat, viele Eltern, viele SchülerInnen. Auch diese Demo war wieder sehr kämpferisch und entschlossen und hat sich auch durch den erneuten massiven Tränengaseinsatz nicht stoppen lassen.

An den Rändern der Demonstration blieb nichts heil. Fast alle Geschäfte - ausgenommen einige kleinere (davon gab es auf der Montagsdemo-Route nicht so viele) - wurden entglast. Banken und Filialen großer Konzerne, vor allem auch internationaler, wurden in Brand gesteckt. Einige wenige Gebäude brannten komplett aus, in anderen nur die im Erdgeschoß liegenden Geschäfte. Viele Autos wurden in Brand gesteckt, am Montag, im Gegensatz zum Sonntag, allerdings im wesentlichen Luxuskarossen. Interessant war auch, daß Menschen zu Steinen gegriffen haben, bei denen man sonst nie vermutet hätte, daß sie das tun könnten. Viele meinten, daß sie das erste Mal in ihrem Leben Steine geworfen hätten.

Tatsächlich ist diese Wut nicht nur damit zu erklären, daß der griech. Staat mordet, und zwar hier völlig ohne Grund einen 15-jähr. Jugendlichen. Die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Die Teuerung nimmt rasant zu. Viele haben keine gesicherten Arbeitsbedingungen mehr, vor allem junge Leute. Die Ausbildung an Schulen und Unis wird immer schlechter, weil der Staat nichts investiert, dafür aber die Zulasssung von Privatschulen und -unis vorantreibt.

Das staatliche Gesundheitswesen ist verrottet. Tausende von Stellen werden nicht besetzt. Material in den Krankenhäusern fehlt, weil frühere Rechnungen nicht bezahlt wurden und die Lieferanten sich weigern, die Krankenhäuser weiter zu versorgen. Die Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen werden unvermindert vorangetrieben. Öffentlicher Grund wird zu Schleuderpreisen an Klöster des Bergs Athos verhökert, von wo er dann an Investoren verkauft wird. Welche Politiker sich damit eine goldene Nase verdienen, ist im einzelnen nicht heraus zu bekommen. Klar ist aber, daß alle in irgendeiner Form beteiligt sind. Die Menschen haben diesen Politiksumpf satt, und das kommt jetzt zum Ausdruck.

Was die aktuelle Situation betrifft, ist die Lage gespannt. Nachdem am So. noch die meisten Medien der Meinung Ausdruck gaben, dass die Zerstörungen am Rande der Demo vom Sonntag verständlich und im Vergleich mit dem Mord an dem Jungen nicht wirklich relevant seien, ist die Stimmmung nach der Demo am Mo. Abend gekippt. Es wird fast nur noch von Vandalismus und Plünderungen berichtet - wobei das Ausräumen einiger Geschäfte um den Omoniaplatz herum nicht von Demo-TeilnehmerInnen, sondern von Menschen, die dort wohnen, bzw. Passanten bewerkstelligt wurde -; die Schäden in der Innenstadt werden zum Anlaß genommen, die Linksallianz und andere linken Organisationen zur Distanzierung aufzufordern; Leute auf Balkonen brennender Häuser werden gezeigt, die um Hilfe rufen. Der Staat und seinen



mordende Polizei geraten aus dem Blickfeld.
Gelingt es der Staatsmacht und den Massenmedien, von dem Mord abzulenken und den Protest dagegen zum Hauptthema zu machen, könnte es sein, daß die Regierung und daß sogar auch die Polizei relativ unbeschadet aus der Sache herauskommen. Es wird an der Linken liegen, die Dinge beim Namen zu nennen und der Wut ihren Namen zu geben. Insofern ist die Lage im Augenblick offen. Der Umstand, daß die meisten von uns am Mo. mit leuchtenden, wenn auch vom Tränengas brennenden, Augen von der Demo zurückkamen; der Umstand, daß wir der Polizei fast überall ohne größere Probleme Paroli bieten konnten; der Umstand, daß wir alle das Gefühl hatten, an einer Art (kleineren) Aufstands beteiligt zu sein - all das darf nicht dazu führen, daß wir Kapital und Staat unterschätzen und übersehen, daß sie gerade zum Gegenangriff übergehen.

Eine unrühmliche Rolle spielt dabei die Komm. Partei Griechenlands. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die im Parlament etwa gleich stark vertretene Linksallianz zu diskreditieren und behauptet, daß die Linksallianz "den Randalierern Schutz bietet" bzw. "ihnen die Ohren streichelt" und damit verantwortlich sei für die Zerstörungen. Die Distanzierungsaufforderungen aller bürgerlichen Kräfte und der Komm. Partei verfehlen ihre Wirkung nicht: Diverse Parteifunktionäre und Abgeordnete des Linksbündnisses haben sich gebeugt. Unsere Parole "Wenn der Staat die Jugend mordet, muß sich die Linke nicht rechtfertigen" findet leider nicht den erhofften Widerhall, so wie noch in den ersten beiden Tagen nach dem Mord.
Am Di. fand um 15 Uhr die Beerdigung von Alexis statt. Danach gab es in dem Stadtteil, in dem der Friedhof liegt, Scharmützel zwischen Jugendlichen und der Polizei, die einigermaßen grundlos Gruppen von Jugendlichen angriff. Dabei wurden von Motorradbullen Schüsse in die Luft abgegeben. Am Abend gab es noch einmal Auseinandersetzungen zwischen Anarchisten und Bullen in den Straßen um das Polytechnikum herum.

Am Mi. fand der bereits seit langem angekündigte Generalstreik statt. Die Gewerkschaftsführung hatte erklärt, daß keine Demo stattfinden sollte, um "Randalierern" keine Gelegenheit zu Zerstörungen zu geben; sie hat nur zu einer Kundgebung aufgerufen. Gleichwohl ist von allen linken Kräften demonstriert worden. Die Demo war groß, entgegen meinen Erwartungen sogar erstaunlich groß - es wird von 15.000 gesprochen -, allerdings nicht so massenhaft wie bei früheren Generalstreiks. Der Umstand, dass die Gewerkschaftsführung den Schwanz eingekniffen hatte; der Umstand, dass letztlich an fünf verschiedenen Orten demonstriert wurde (allerdings hin zum selben Ort, nämlich dem Syntagma-Platz), und vielleicht auch die Angst mancher Menschen, in Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt zu werden und mit Tränengas eingenebelt zu werden, dürften dazu beigetragen haben. Die Demonstration verlief absolut friedlich; erst im Anschluß bzw. gegen Ende der Kundgebung gab es zunächst Scharmützel zwischen Anarchisten und Bullen und dann auch noch massiven Tränengaseinsatz gegen die auf dem Kundgebungsplatz verbliebenen Protestierenden.

Am Abend kam es dann wieder zu Auseinandersetzungen um das Polytechnikum herum. Aus dem universitären Asyl heraus wurden die in den umliegenden Straßen postierten Bereitschaftsbullen angegriffen, die mit massivem Tränengaseinsatz antworteten. Zwischendurch war es immer mal wieder ruhig in den Straßen, so daß man zum Polytechnikum gehen konnte. (Mit einem Tuch vor Mund und Nase war es möglich, durch das abziehende Tränengas zu gelangen.) Die Auseinandersetzungen gingen gegen 4 bis 5 heute Morgen (vorläufig) zu Ende.



Sowohl das Polytechnikum als auch die Juristische Fakultät der Uni sowie die Wirtschaftsuni sind nach wie vor besetzt. (Besetzt ist auch die Uni Thessaloniki, wo es vorgestern und gestern zu ausgedehnten Zerstörungen gekommen ist.) Für heute sind evtl. weitere Unibesetzungen in Athen geplant.

Es ist schwer einzuschätzen, wie die Auseinandersetzungen weiter gehen werden. Für heute ist um 18 Uhr ein Demo angesetzt, für morgen zwei, um 12 und um 16 Uhr. Beabsichtigt ist, den Protest auf der Straße zu halten. Ob das gelingen wird, ist fraglich. Meine persönliche Einschätzung ist eher, daß die clashes weniger werden, je mehr die Wut abflaut. Außerdem wird die Repression zunehmen, je weniger Menschen an den Protesten teilnehmen. Und leider ist die öffentliche Meinung, soweit man das überall hören kann, auch strikt gegen weitere Auseinandersetzungen bzw. Zerstörungen. Es herrscht teilweise sogar Angst in der Bevölkerung.
Andererseits gibt es dann auch Momente, die die Wut wieder anheizen könnten. So hat gestern der Verteidiger des Mordbullen, ein landauf landab bekannter Juppie, der schon seit Jahren auch von den bürgerlichen Medien mehr oder weniger als persönliches Schwein ohne jegliche Skrupel dargestellt wird, in einer ersten Verteidigungsschrift seinen Mandanten vom Täter zum Opfer zu machen versucht. Er hat Alexis persönlich verunglimpft, indem er behauptete, daß Alexis von der Schule geflogen sei, daß er sozusagen ein Rowdy gewesen sei, der durch nichts in den Griff zu bekommen gewesen sei.

Im übrigen hat er seinen Mandanten dreist lügen lassen. Es gibt immerhin eine Reihe von Zeugen, die den Vorfall direkt miterlebt haben. So hat er die Version vom Querschläger wiederholt. Das war das erste, was der Mörderbulle noch in der Tatnacht gesagt hatte. Also wurde das bereits von div. Bullenkreisen übernommen, noch bevor überhaupt die ballistische Untersuchung vorlag. Es gab dazu hier auch schon Artikel der bürgerl. Presse, in denen das ziemlich bissig kommentiert wurde. Tatsache ist, daß alle Augenzeugen - außer natürlich dem Polizeikollegen, der bei ihm war - einhellig aussagen, daß der Bulle Alexis gezielt erschossen hat. Selbst wenn jetzt ein Bullengutachten zu dem Ergebnis kommen sollte - noch liegt nichts Amtliches vor -, daß es sich um einen Querschläger gehandelt habe, würde das überhaupt nichts beweisen. Denn natürlich wird die Staatsmacht versuchen, ihren Mann zu decken.

Athen 11.12.08

Grußadresse des Netzwerks für Politische und Soziale Rechte, Athen

Wir begrüßen die Demonstration in Hamburg; wir begrüßen die Solidaritätsbewegung mit unserem Kampf. Solidarität ist eine Waffe.

Der brutale Mord an Alexis Grigoropoulos kam nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Es war ein "Tod mit Ansage". Die Hand des Mörders wurde geführt von der verbreiteten, ungestraften und legalisierten Polizeigewalt der letzten Jahren gegen Migranten, Drogenabhängige, Roma und "aufmüpfige" Jugendliche. Die Polizei ist der Staat im Staate; die Bullen fühlen sich als die Prätorianer-Garden, wie sie der frühere Polizeiminister adelte.

Alexis wurde auf dem Altar der "Sicherheit" geopfert. Im Namen dieser Sicherheit füllen sich die Städte mit uniformierten Mördern, werden Migranten in der Ägäis ertränkt, wird versucht, die Berufstätigen und die Arbeitslosen, die Entlassenen und die "Arbeitsfähigen" zu überzeugen, dass sie nicht von den Reichen, dem Kapital, dem Staat und den Multinationalen Konzernen bedroht werden, sondern von den noch Ärmeren als sie selbst, den Gejagten, den Parias, den Obdachlosen, denen, die "anders" sind.

Dagegen fordern wir:
- Auflösung der Bereitschaftspolizei und der polizeilichen Sondereinheiten
- Entwaffnung der Polizei

Die Regierung hat den öffentlichen Sektor demontiert, die Teuerung in die Höhe getrieben, hat den staatlichen Besitz geplündert, die Sozialversicherungskassen beraubt, hat Hunderttausende von Menschen zu prekären Lebensbedingungen verurteilt, zu Besitzlosigkeit und sozialem Ausschluß. Damit ihr das alles gelingen konnte, hat sie der Allesfresserei der Kirche gehuldigt sowie dem Kannibalismus von Justiz und Polizei. Dies ist die Regierung der allgemeinen Ausplünderung, eine Regierung, die sich jetzt das Recht anmaßt, von "Plünderungen" und "Schutz des Eigentums" zu sprechen.

Der Mord an Alexis führte zu der größten Erhebung seit dem Ende der Juntazeit 1974. Breiter, massenhafter, das ganze Land umfassend und entschlossener als alle früheren Bewegungen. Diese Erhebung wurde nicht nur durch die brutale Hinrichtung von Alexis hervorgerufen. In ihr kommt der Druck, die Wut und der Haß eines großen Teils der Bevölkerung zum Ausdruck, der tagtäglich die Wirklichkeit der tugendhaften Welt der Reichen auszuhalten hat: unsichere Lebensverhältnisse, Umherirren in der Arbeitswelt, tägliche Erniedrigungen, Polizeigewalt auf Plätzen, in Stadien und Straßen, Erstickung jeder Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Diese Leute demonstrieren und vermummen sich und rufen: "Sie reden von Gewinnen und Verlusten, wir reden von menschlichen Leben".

Wir als Radikale Linke nehmen bedingungslos an der Erhebung gegen die Regierung, die Reichen und die Polizei teil und unterstützen diese Bewegung. Wir begrüßen die gesellschaftliche Wut gegenüber der plündernden und terroristischen Regierung; wir begrüßen die Empörung von Millionen von Menschen über den Mord; wir begrüßen die Teilnahme von Zehntausenden junger Leute an den Angriffen auf Polizeireviere.
Wenn die Jugend erschossen wird, muss die Linke sich nicht rechtfertigen!

Die Zentrale des Gewerkschaftsdachverbands ist besetzt; die großen Universitäten sind besetzt; Hunderte von Schulen sind besetzt. Am Donnerstag demonstrierten wieder über 10.000 in Athen gegen Staat und Regierung. Jeden Tag gibt es zentrale und dezentrale Kundgebungen. Es gibt keinen Grund, dem Flehen von Politik und Geschäftsleuten nach einem "Moratorium" der Kämpfe vor und an den Weihnachtstagen nachzugeben. Die Kämpfe werden weitergehen.

Gegenüber den Äußerungen des Ministerpräsidenten, mit "harter Hand" durchgreifen zu wollen, gegenüber der Anbetung der gesetzmäßigen Ordnung durch die größte Oppositionspartei [PASOK], gegenüber den Verbeugungen des Gewerkschaftsdachverbands GSEE und der angeblich so "unversöhnlich klassenkämpferischen" Kommunistischen Partei vor Legalität und Recht und Ordnung, gegenüber den Verdrehungen der Wirklichkeit und den Verleumdungen der Massenmedien erklären wir, daß die Antwort nur eine sein kann:

Die gesellschaftlichen Kämpfe sind weder "unschuldig" noch "schuldig"; sie sind gerecht. Wenn Tausende von Menschen sich vermummen, haben sie ein Gesicht!

Die aktuelle Zahl der Festnahmen in Griechenland Stand vom 22.12.08

246 Festnahmen

66 im Knast plus 50 MigrantInnen/Flüchtlinge, die sofort zur 18 Monate ohne Bewährung verurteilt würden und unter der Gefahr der Abschiebung stehen.

Nach Städten sind die Festnahmen folgend:

Thessaloniki: 21 Festnahmen
darunter 3 Minderjährige

Kozani: 34 Festnahmen

Ptolemaida : 7 Festnahmen

Larissa : 25 Festnahmen
mit Antiterror gesetz

Patras : 21 Festnahmen
9 Minderjährige

Chania : 6 Festnahmen

Iraklio : 22 Festnahmen
darunter 11 Eltern und 7 Minderjährige

Volos : 6 Festnahmen
darunetr 5 minderjährige

Rethimno : 1 Festnahme

Kavala : 2 Festnahmen

Kastoria : 1 Minderjärige

Zakynthos : 6 Festnahmen davon 5 Minderjärige

Rodos : 18 Festnahmen

Solidaritätsaktionen sowie finanzielle Untrstützung für die Prozesskosten sind dringlichst erwünscht!!!

Lasst euch was einfallen!



Demo gegen staatliche Morde in Hamburg

Am Samstag, den 20.12. fand in Hamburg eine Demo anlässlich des internationalen Aktionstages gegen staatliche Morde statt. Ab 14:00 sammelten sich 1000 Leute am Allende-Platz bei der Universität.

Die VeranstalterInnen hatten anlässlich des "internationalen Aktiontages gegen staatliche Morde" unter dem Motto "Solidarität ist eine Waffe - Aufstand ist ein Argument" zu dieser Demo aufgerufen. Dabei wurden nicht nur die Ereignisse um den Tod des 15jährigen Alexis durch eine Polizeikugel thematisiert, sondern auch die Rechtspraxis und die Freisprüche bei Polizeimorden in der Bundesrepublik. So verbrannte Oury Jalloh auf dem Boden fixiert in einer Polizeizelle in Dessau, Laye Conde und Achidi-John starben bei Brechmitteleinsätzen. Die TäterInnen wurden immer freigesprochen, meist durch gegenseitige Unterstützung.

Gegen 15 Uhr setzte sich die Demo kraftvoll in Bewegung. Hier wurde auch ein Grußwort der griechischen GenossInnen an die Demo verlesen. Ziel der Demo war die Innenstadt, die aufgrund des Weihnachtsmarktes und des vorweihnachtlichen Konsumrausches sicher gut gefüllt sein würde. Doch soweit sollte es nie kommmen. Unter dem Vorwand einige Personen im Aufzug hätten sich "vermummt" wurde die Demo an der Dammtorbrücke gestoppt und nicht mehr in die Innenstadt gelassen. Auf die Provokation seitens der Polizei wurde mit etwas körperlichem Druck und einigen wenigen Wurfgeschossen reagiert, woraufhin 2 Wasserwerfer aufgefahren wurden. Die Demo saß nun also erstmal fest und unternahm auch keine weiteren Versuche auszubrechen. Inzwischen hatte sich ein ganzer Kessel um die Demo gebildet, was auch Ausdruck der Polizeirepression an diesem Tag war. Die Polizei war nicht mehr willens die Demo weitergehen zu lassen. Zwischendurch gab es mehrere lächerliche Durchsagen aus einem Wasserwerfer gegen die der Demolauti Stimmung machte. Die Redebeiträge für die Zwischenkundgebung wurden nun vorverlegt. Die Bullenblockade zog sich weiter hin und schließlich wurde von der Einsatzleitung nach über eine Stunde eine alternative Route, die nicht in die Innenstadt führte vorgeschlagen. Die Demo löste sich stattdessen auf und die Teilnehmer_innen begaben sich in Kleingruppen in Richtung City und zu einer Kundgebung am griechischen Konsulat. Dabei wurden mehrere Polizeifahrzeuge beschädigt und in Einkaufspasssagen der Innenstadt kamen einige Demos zustande. Vier Polizisten wurden in diesem Verlauf verletzt. Die angemeldete Kundgebung am Gänsemarkt entwickelte sich stattdessen zu einem Festnamekessel in deren Verlauf sieben Leute von BFE-Einheiten angegriffen wurden. Im Schanzenviertel brannten am Abend noch einige Mülltonnnen.

aus: indymedia (überarbeitet)



Wasserturm stinkt

Hamburger Morgenpost, 28. Dezember 2008

Erneut Proteste gegen Mövenpick-Hotel
Unbekannte Täter sind in der Nacht zum Sonnabend gegen 3.30 Uhr ins Mövenpick-Hotel im Schanzenpark eingedrungen, haben die Weihnachtsdeko zerstört und eine Keramik-Vase im Eingang umgekippt. Trotz Großfahndung entkamen die Täter. Bereits am Freitag hatten 22 Hotel-Gegner im Schanzenpark mit einer Suppenküche für Arme gegen das Luxus-Hotel im alten Wassserturm protestiert. Die Aktion endete um 22 Uhr friedlich.

Hamburger Morgenpost, 29. Dezember 2008

Schanzenpark: Peterwagen-Reifen zerstochen
Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag am Mövenpick-Hotel im Schanzenpark sogenannte "Krähenfüße" ausgelegt. Gestern kurz vor 7 Uhr fuhr die Besatzung des Streifenwagens "16/10" in die Falle. Zwei Reifen wurden zerstört. Die Staatsschutzkripo geht davon aus, dass die Täter militante Gegner des Hotels im alten Wasserturm sind

Hamburger Morgenpost, 02. Januar 2009

Garderobe geklaut
Unbekannte werfen eine mit Buttersäure gefüllte Glasflasche in den Lüftungsschacht des Hotels im Schanzenpark. Gleichzeitig wird die Garderobe der rund 2000 Partygäste geplündert. Mehr als 50 Stücke werden gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Anti-Knast-Silvester-Demo in Hamburg

Um 22 Uhr trafen sich etwa 200 Personen vor dem S-Bahnhof Sternschanze. Als Auftakt gab es 3 Redebeiträge. Einen "Jahresrkckblick" und eine Stellungnahme zu den kürzlich festgenommenen französischen Freund_innen. Die Demo ging mit der einzigen Auflage "keine Feuerwerkskörper direkt auf die Polizei werfen" um 22.40 Uhr los.. Bis dahin gab es hier und da Böllerwürfe auf die Polizei. Diese reagierte relativ nervös, hatte schnell die Knüppel in der Hand und hielt die Demo im Schulterblatt das erste Mal auf. Nach einigen Diskussionen ging es dann fasst ohne Probleme bis zur Kreuzung Sievekingsplatz. An dieser Stelle gab es dann einige Differenzen über die Route. Die Bullen kesselten die Demo und die Demoleitung beschloss auf Grund der Uhrzeit (viertel vor 12) die Route zu verkürzen, weil es allen wichtig war auch am Knast anzukommen.

Nach 10 Metern gingen die Bullen aggressiv in die Demo und drängte diese zusammen und kesselten alle. Zu diesem Zeitpunkt kam es dann zu 2 Festnahmen und zwei Ingewahrsamnahmen. Nach weiteren 10 Minuten ging es dann weiter vor den Knast. Dort angekommen, wurden die Gefangenen mit lautstarken Rufen und Musik begrüßt.
Es gab einen Redebeitrag zu "warum sind wir hier" und einige Angehörige von Insassen nutzen die Möglichkeit über den Lauti mit ihren Angehörigen zu kommunizieren, was auch drinnen gehört wurde. Die Polizei wurde mit Böllern bedacht.. Das Ganze ging bis 1 Uhr. Danach löste sich alles relativ schnell auf.



Nach dem Auftakt vor der Roten Flora, setzten sich ca. 100 Leute in Bewegung zum Ort des ersten Beitrags. Es ging am Kulturhaus 73 vorbei das jüngst in die Schlagzeilen geriet, weil Migrant_innen der Zugang verwehrt wurde und danach weiter zu einigen Bauwägen in der Eifler Straße. Die Polizei die sich darauf vorbereitet hatte das Schulterblatt Richtung Neuer Pferdemarkt abzusperren war sichtlich überrascht und wurde erst mal abgehängt. Durch den Flora Park ging es zurück auf das Schulterblatt. An verschiedenen Geschäften wurden Plakate aufgehängt.

Einige Meter weiter versuchten Einsatzkräfte den Stadtteilrundgang aufzuhalten und das Schulterblatt wurde komplett gesperrt. Vermeintlicher Anlass waren mehrere Transparente und der Umstand das auf der Straße Passant_innen unterwegs waren. Nach einigen Rangeleien wurde der Rundgang auf dem Gehweg links und rechts weitergeführt. Allerdings nur um nach einigen Metern völlig aufgehalten zu werden. Gutes Zureden durch zufällig anwesende Abgeordnete der Linken nützte nichts das Schulterblatt blieb blockiert und eine Anmeldung als Demo wurde verlangt. Da ein Rundgang keine Demo ist blieb eine solche aus.
Nach einigen Minuten Wartezeit setzte sich der Spaziergang durch einen Hinterhof ab und landete in der Schanzenstraße und ging von dort zur Ludwigstraße. Die Schergen waren erst mal wieder abgehängt und es wurde ein Beitrag zum Abriss eines Wohnhauses gehalten. Weiter ging es mit mittlererweile an die 200 Personen zum Centro Soziale am Schlachthof. Gerade als die Bullen einen Kessel aufziehen wollten, gelangte die Menge zum Schrecken des Einsatzleiters auf einen Flohmarkt. Die normalen Beamten wurden abgezogen und BFE betrat die Bühne. Sofort wurde versucht einige Menschen auf dem Flohmarkt festzusetzen, was allerdings nicht gelang. Es wurde bemerkt das die bedrängten Personen eingeladene Gäste des Centro Soziale wären und die BFE zog verduzt und ob des Flohmarkttreibens etwas überfordert ab.

Im Centro gab es einen Beitrag zum Aktionstag gegen die Kriminalisierung der militanten Gruppe und zur Repression in Griechenland. Die Polizei suchte währenddessen das Gelände nach verdächtigen Menschen ab und fand irgendwie keine. Danach ging es in Kleinen Gruppen weiter zum Sternschanzenbahnhof. In der Schanzenstraße zog das BFE noch mal einen Kessel auf, weil die Straße wiedereinmal mit Passant_innen voll war. Nach Beschlagname eines Transparentes öffnete sich allerdings ein Teil des Kessels und es ging weiter zur Ecke Susannenstraße. Dort wurde ein Eat the Rich Transparent gegen das geplante Lokal von Tim Mälzer angebracht. Es soll passenderweise Bullerei heißen und in Zukunft Yuppies, Schnösel und Touristenbusse aus Baden Baden mit Essen vom Promikoch versorgen. Kotz! Klar das dafür erst mal einige Bäume gefällt werden müssen um eine repräsentative Treppe zu bauen.

Vor dem Sternschanzenbahnhof wurde auf ein Mac Donalds Lokal hingewiesen das dort eröffnet werden soll. Synonym für die Fortschreitende Aufwertung des Stadtteils in dem inzwischen Ketten und Konzerne um Gewerberäume streiten. Zwei Damen mit Geldkoffer klapperten vor einiger Zeit z.B. für Adidas den Stadtteil ab. Wie sich bei solchen Mietern, die Mieten entwickeln werden scheint klar. Die Gentrifizierung ist damit an ihrem "natürlichen" Endpunkt angekommen.

Am Hotel im Wasserturm kam es schließlich aus völlig ungeklärter Ursache zu einer heftigen Rangelei mit dem BFE. Dabei kam angeblich ein Tonfa abhanden, das auf den S-Bahn Gleisen nebenan landete und dort erst mal verblieb. Zum Abschluss ging es zu einem Leerstehenden Gebäude an der Altonaer Straße.

Der Stadtteilrundgang war informativ und hatte ziemlichen Spaß bereitet.
Am Rande wurden viele Flugies, z.B. zur Ludwigstraße 11, die Prozesserklärung der mg oder Demoaufrufe zum 20. Dezember an interessierte Passant_innen verteilt. Die Polizei inkl. BFE hatte in ungewohnter Weise eine eher peinliche Figur gemacht und eilte völlig verplant im Viertel umher.

Fazit: Tolle Aktion und schöner Tag!

Erklärung zu den Vorfällen auf der Demonstration gegen den "Tag der deutschen Einheit" in Hamburg

Bei der Demonstration "Hart Backbord! - Für etwas Besseres als die Nation" am 3. Oktober 2008 kam es zu einem Angriff auf Israelfahnen und deren Träger_innen. Zu diesem Vorfall möchten wir als Gruppen aus dem Vorbereitungsbündnis der Demonstration Stellung beziehen.

Der Vorfall ereignete sich am Anfangsort der Demo in der Hafenstraße. Eine kleine Gruppe hatte sich samt Israelfahnen hinter dem Lautsprecherwagen eingereiht. Bereits kurz darauf wurden sie von mehreren Personen verbal und körperlich angegriffen.

Bedauerlicherweise gab es im Vorfeld der Demo seitens des Bündnisses weder eine gemeinsame Diskussion und Position zum Thema Nationalfahnen/Israelfahnen, noch Absprachen zum Umgang mit konkreten Vorfällen. Dies führte dazu, dass das Bündnis in der oben beschriebenen Situation nicht handlungsfähig und zu keiner angemessenen Reaktion imstande waren. So konnte es aufgrund der fehlenden Absprachen auch keine konkreten Ansagen vom Lautsprecherwagen geben. Dieses Nichtverhalten betrachten wir selbstkritisch als politischen Fehler und werden versuchen, ihm bei zukünftigen Mobilisierungen Rechnung zu tragen.

Die positive Bezugnahme auf nationale und nationalstaatliche Symbolik bietet keine Perspektive linksradikaler Politik. Selbstverständlich ist die israelische Fahne ebenfalls ein nationales Symbol; der Staat Israel stellt aber gleichzeitig eine Konsequenz aus der vom deutschen Wahn ausgehenden Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen dar und ihm kommt aufgrund des Fortbestehens des Antisemitismus auch in der Gegenwart eine besondere Bedeutung zu. Unabhängig von den Motiven der Handelnden stellt der Angriff auf israelische Fahnen diese Tatsachen in Frage. Mehr noch: sie tragen selbst zu einer Aktualisierung des Antisemitismus bei, denn die israelische Fahne dient dem antisemitischen Ressentiment immer auch als Chiffre für Juden und Jüdinnen im Allgemeinen. Ein Angriff auf die Fahne bewegt sich im Fahrwasser des Antisemitismus und ist für uns nicht hinnehmbar.

Wir fordern daher die Personen, die an den Angriffen beteiligt waren oder damit sympathisieren, dazu auf, ihre Position und Praxis gründlich zu überdenken oder zukünftig zu Hause zu bleiben.

Einige Gruppen aus dem Bündnis "Hart Backbord!"

DOKUMENTATION 1:

Wir haben in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember den Sitz des Französischen Generalkonsulat Hamburg, Heimhuder Straße 55 mit Farbe angegriffen um unsere Solidarität mit den in Frankreich inhaftierten Aktivist_innen zu bekunden!

Aufgrund des staatlich konstruierten Terrorismusvorwurfes können die Personen unter völlig verschärften Bedingungen und unter Beschneidung all ihrer Persönlichkeitsrechte (ähnlich wie in Deutschland nach §129) festgehalten werden.

Wir fordern Freiheit für Julien Coupat, Benjamin R., Gabriel H., Manon G. und Yldune L. und die Einstellung der Ermittlungen gegen alle neun der unter französischen Anti-Terrorparagrafen Angeklagten!

Für die Abschaffung der Anti.Terrorismus-Sondergesetze! Freiheit allen politischen Gefangenen!



DOKUMENTATION 2:

Wie jedes Jahr, so gedenken auch dieses Jahr zum Volkstrauertag bundesweit Neonazis gefallenen Soldaten im zweiten Weltkrieg.

Dies haben wir zum Anlass genommen und das Ehrenmal am Ohlsdorfer Friedhof mit Farbe verschönert. Damit wenden wir uns gegen die Verherrlichung von Wehrmacht und anderen einheizen, die maßgeblich an den nationalsozialistischen

Verbrechen beteiligt gewesen sind. Diese gedenken dienen der Glorifizierung und verkehren das Opfer- Täterverhältnis.

Gegen die Verdrehung der Geschichte! Gegen deutsche Zustände!

autonome gruppe farbspektakel

"...es sind leider immer meist türken oder afrikaner" Rassistische Ausgrenzung im Dienste kultureller Gesamtverantwortung - Eine Dokumentation

Aufgrund vorangehender Kommunikation zum Haus III&70, Schulterblatt, Hamburg, möchte ich folgendes nun öffentlich machen: Wie bereits im Anhang geschildert, habe ich mich am Freitag, den 5.12.2008 mit meinem internationalen Freundeskreis im Haus III&70 getroffen. Durch die Couchsurfing.Com Community kennen wir uns und wir freuten uns u.a. über Gäste aus Australien, Indien, Frankreich, etc. Mein Mitbewohner, türkischer Herkunft, hatte Besuch von seinem Cousin, ebenfalls türkischer Herkunft, und wollte ebenfalls an diesem Abend teilnehmen. Das Kulturhaus versteht sich als Knotenpunkt und Vereinshaus für interkulturellen Austausch. Umso überraschender war es, dass die 3 Türsteher meinen Mitbewohner nicht in das Haus ließen mit der Begründung es gäbe nun "neue Prinzipien und Grundsätze". Mein Mitbewohner war weder angetrunken, noch hatte er Flaschen, Drogen oder Waffen bei sich. Wir fragten freundlich noch einmal nach, was das denn bedeuten solle. Wir bekamen die gleiche Antwort nochmal. Ich finde das nicht akzeptabel und forderte eine Stellungnahme. Ich habe also eine Mail an das Haus III&70 geschrieben und bekam auch direkt eine Antwort, die wesentliche rassistische Züge aufweist.

E-MAIL ANS KULTURHAUS 73

Liebe Macher des Haus III&70,
am Freitag, den 05.12.2008, habe ich mich mit meinen Freunden aus aller Welt (Australien, Indien, Südamerika, Kanada, etc) und meinen Mitbewohnern wie so oft im Haus III&70 getroffen, da man gerade da ein wunderbar internationales Puplikum treffen kann. Allerdings wurde mein Mitbewohner ohne ersichtlichen Grund nicht reingelassen. Er hatte weder etwas getrunken, noch hatte er irgendetwas bei sich, was man nicht mit sich führen darf. Auf erneuter Nach-Frage bei den Türstehern, die auch mir gegenüber nicht sehr freundlich waren, kam als Antwort: das seien die neuen Prinzipien und Grundsätze des Haus III&70. Mein Mitbewohner ist türkischer Herkunft, hat bereits im Haus II&70 aufgelegt. Was sind die "neuen Prinzipien und Grundsätze"? Wo wird die 'neue' (rassistische?) Grenze gezogen? Wie kann man sich dann überhaupt noch Kulturhaus nennen mit dem angeblichen Grundsatz "Ein Konzept, das verschiedene Menschen, ihre Ansprüche und Kulturbegriffe zusammen bringt."
Ich bin sehr erschrocken und auch enttäuscht vom sogenannten KULTUR-Haus! Gerade meinen internationalen Freunden war es schwer bzw. gar nicht zu erklären, da ich selbst keine Begründung oder etwaige Erklärung bekam.
Ich habe bereits mehrere Artikel über das Haus III&70 geschrieben, die ich nun wohl revidieren muss, da ich das nun nicht mehr vertreten kann. Unter anderem für: www.s ottedb locals.com und für diverse Zeitungen/Zeitschriften und Communities (auch www.couchsurfing.com), auch für www.gype.com. Es war uns immer ein angenehmer Treffpunkt und ein schönes zweites Wohnzimmer. War
Wir sind dann geschlossen gegangen.
Bitte um ernsthafte Stellungnahme,
Kxxxx Gxxxx.

ANTWORT VOM KULTURHAUS 73

hallo kxxxx,
vielen dank für deine rückmeldung.
ich habe mit den türstehern gesprochen wegen des vorfalls.
er hat mir die situation folgendermassen erklärt.
das problem am freitag war wohl, dass es zuvor schon auseinandersetzungen mit ausländischen gästen gab und zwar nicht nur einfach, sondern 2 vorfälle. deshalb hatten die türstehr wohl erstmal die massnahme ergriffen, keine ausländischen gäste reinzulassen. wenigsten für 1-2 h, um die situation wieder deeskalieren zu lassen.
du könntest jetzt evlt. mit recht behaupten, was wir machen, wenn es auseinandersetzungen unter nicht ausländischen gästen gibt, ob wir dann all nichtausländer auch nicht reinlassen, dann wäre der laden nämlich leer.
das problem ist leider, dass es im allgemeinen nie oder ganz ganz selten auseinandersetzungen unter nicht ausländern gibt. es sind leider immmer meist türken oder afrikaner, sei es aufgrund von drogen oder aggressivem verhalten. deshalb haben wir natürlich ein augenmerk auf diesen personenkreis geworfen, weil wir teilweise schon sehr harte auseinandersetzungeen hatten.
klar, muss man natürlich trennen können und nicht jeder ausländer ist ein krimineller, um es mal hart auszudrücken, aber wir haben hier eine gesamtverantwortung und müssen mal entscheidungen treffen, die verhindern, dass es noch mehr eskaliert. und in diesem fall gab es mehrere vorfälle aus einer personengruppe und die massnahme war dann, das erstmal dahingehend zu mildern...
leider ist es so, dass wir, dadurch dass wir ein offenes haus sind, auch anlaufstelle für diese auseinadersetzungen geworden sind. wir haben aus prinzip immer keinen eintritt verlangt, was natürlich dazu geführt hat, dass jeder hier einfach reinspazieren kann. dies hat gerade im letzten jahr zu erheblichen problemen geführt, weshalb wir immer 3 türsteher brauchen.
ich hoffe, du hast verständnis dafür und kommst uns trotzdem auch mal wieder mit deinem mitbwohner besuchen.
kommendes wochenende ist z.b. das comicfestival.
herzliche grüsse
nxxxxx

Von Polizei misshandelt, vom Arzt ertränkt - Tod bleibt ohne Konsequenzen

Am 04. Dez 2008 sprach das Bremer Landgericht einen angeklagten Polizeiarzt vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Der Arzt wendete eine umstrittene Methode an, mit der die Behörden vorgaben, gegen vermeintliche Drogendealer_innen vorzugehen. Laya Alama Condé, wurde im Zuge dieser Behandlung ertränkt.

Am 27. Dezember 2004 wurde Laye Condé in Bremen festgenommen. Rassistischen Stereotypen entsprechend unterstellte die Polizei dem Festgenommenen, er sei ein Drogendealer und hätte Kügelchen verschluckt. Trotz massiver Kritik wurden die Aufgegriffenen in der Folge einer Tortur unterzogen: Um verschluckte "Kokainkügelchen" zum Vorschein zu bringen, wurden regelmäßig den Verdächtigten - in einem speziell auf der Polizeiwache eingerichteten Zimmer - mehrere Liter mit Brechmittel versetztem Wasser meist durch die Nase eingeflößt. Diese Methode war zum Zeitpunkt des Todes von Laye Alama Condé keineswegs unum-

stritten: Bereits am 9. Dezember 2001 starb in Hamburg Achidi John bei einem solchen Eingriff. Da sich viele Ärzt_innen weiger(te)n, derartige Maßnahmen durchzuführen, die mit ärztlichen Grundsätzen nicht vereinbar sind, engagierte die Polizei eigene Auftragsärzt_innen, die diese Behandlung regelmäßig durchführten. So auch Ende Dezember 2004: Als der Igor V., Auftragsarzt der Polizei, Laya Alama Condé den Brechsirup Ipecacuanha und literweise Wasser per Schlauch in den Magen pumpte, geriet Wasser in die Lunge. Die Tortur dauerte mindestens 90 Minuten. Am Ende fiel der 35-jährige Condé ins Koma und wurde am 7. Jänner 2005 offiziell für Tod erklärt.

Drei Jahre später, im April 2007, startete am Landgericht Bremen die Verhandlungen gegen den Arzt. Ihm wurde vorgeworfen, Condé fahrlässig getötet zu haben. Der Strafrahmen im Falle einer Verurteilung reicht von Geldstrafe bis zu fünf Jahren Haft. Wie in derartigen Fällen nicht anders zu erwarten, wurde der Arzt in diesem Fall freigesprochen. Mit "schönen" Worten versuchte der Vorsitzende Richter Bernd Asbrock das Urteil zu rechtfertigen: "Wenn dieser Freispruch in weiten Teilen wie ein Schuldspruch klingt, hat das seine Begründung." Auch ohne die Feststellung strafrechtlicher Verantwortung hätten eine Vielzahl von Versäumnissen, individuellen Fehlern und strukturellen Missständen dazu beigetragen, dass der "mutmaßliche Drogenhändler" in staatlichem Gewahrsam zu Tode gekommen sei.

Kein Einzelfall

Die taz schreibt dazu: "In seiner Urteilsbegründung sagte der Kammervorsitzende Bernd Asbrock, der Angeklagte habe 'objektiv gegen seine Sorgfaltspflicht verstoßen', etwa bei der Erstuntersuchung Condés. Auch hätten weder V. noch die Polizisten vor der Maßnahme einen Dolmetscher oder einen Richter gerufen. Vor allem aber hätte V. seine erste erzwungene Brechmittelvergabe viel früher beenden müssen. Condés Zustand war während der rund zweistündigen Maßnahme so kritisch geworden, dass ein Notarzt hinzugerufen werden musste. Doch nachdem das Rettungsteam Condé wieder stabilisiert hatte, flößte V. ihm weiter Wasser ein, damit er seinen Mageninhalt restlos hervorwürgte."

Der Vorfall gelangte an die Öffentlichkeit, weil der hinzu gerufene Notarzt Kritik an der gängigen Praxis des Brechmitteleinsatzes und deren Durchführung übte und am 03. Jan 2005 über einen Anwalt eine Strafanzeige an den Leitenden Oberstaatsanwalt einreichte. Als Reaktion darauf bezeichnete der damalige Polizei- und Innensenator noch am 4. Jan 2005 via Medien das Vorgehen als "verhältnismäßig". Drei Tage später wurde Laye Alama Condé für Tod erklärt.

Mittlerweile wurden Brechmitteleinsätze vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) verboten. Der Einsatz des Brechmittels sei ein Verstoß gegen das Verbot von Folter und menschenunwürdiger Behandlung. Doch derartige Erkenntnisse haben offensichtlich keinen Einfluss auf die Rechtsprechung.

Opfer-Täter_innen-Umkehr

Wie so oft wurde der Getötete vor Gericht selbst für seinen Tod verantwortlich gemacht: Insgesamt vier Gutachter hatten eindeutig festgestellt, dass Condé "still ertrunken" ist, weil ihm das von V. eingetrichterte Wasser in die Lunge gelaufen war. Eine eindeutige Angelegenheit. Bis im Herbst dieses Jahres die Verteidigung des angeklagten Arztes vier weitere Sachverständige in den Prozess einbrachte, die via beauftragtem Gutachten einen "zuvor nicht festgestellten" Herzfehler entdekkten und diesen als Todesursache darstellten - und nicht etwa das durch den Brechmitteleinsatz hinein gelaufene Wassser. Der Berliner Kardiologen Rudolf Meyer will bei der Untersuchung von Condés Leichnam festgestellt haben, dass dessen Herzwand krankhaft verdickt war. Dieser "toxische Herzmuskelschaden" soll "mit hoher Wahrscheinlichkeit" allein für das bei Condé festgestellte Lungenödem verantwortlich sein - und nicht etwa das durch den Brechmitteleinsatz in die Lunge gelaufene Wasser. Condé habe durch den Herzschaden in beinahe jeder Stresssituation sterben können. Seine These wurde vor Gericht von dem ehemaligem Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Berliner Charité, Volkmar Schneider, und dem Berliner Radiologie-Professor Karl-Jürgen Wolff gestützt (vgl. dazu Freispruch für Brechmittelarzt?)

Wiederholungstäter_innen

Interessant ist, dass Meyer und Schneider schon einmal, nach dem Tod von Achidi John im Jahr 2001, eine ähnliche Expertise abgegeben haben. Damals diente diese These dazu, Johns Hirntod während des Brechmitteleinsatzes "auf eine vorstehende schwere Herzerkrankung zurückzuführen" sei. Das Ermittlungsverfahren gegen die verantwortliche Rechtsmedizin-Professorin der Eppendorfer Uniklinik wurde darauf hin eingestellt.

Die These der Herzerkrankung Laye Alama Condé wurde von einem weiterem Gutachter bestätigt, der bereits Erfahrung vor Gericht in Zusammenhang mit Brechmittelfolter sammeln konnte, und von der Verteidigung in den Zeug_innenstand gerufen wurde. Klaus Püschel, Chefpathologen des Hamburger Uniklinikums Eppendorf und Kollege der im Fall Achidi John die tödliche Maßnahme durchführenden Ärztin. Püschel hat nach eigenen Angabe selbst 400 mal einen Einsatz des Brechmittelsirups Ipecahuana verantwortet und stellte die Zwangsmaßnahme wiederholt als "prinzipiell ungefährlich" dar. Eine "Einschätzung", die er bereits unmittelbar nach dem Tod Achidi John's öffentlich vertrat. Bereits wenige Tage nach diesem tödlichen Vorfall, den Püschel als "Zwischenfall" bezeichnete, war er erneut für einen weiteren derartigen solchen Einsatz verantwortlich.

Dass in derartigen Fällen kaum von unabhängigen Gutachter_innen gesprochen werden kann, liegt auf der Hand. Und es ist auffällig, dass derartige Thesen immer wieder vor Gericht geäußert werden. Immer wieder werden "Herzfehler" von Sachverständigen als Todesursache "festgestellt". Ein Beispiel dafür ist der Prozess gegen jene drei Fremdenpolizisten, die am 1. Mai 1999 Marcus Omofuma im Zuge einer gewalttätigen Abschiebung umbrachten. Damals behauptete Gutachter Dr. Christian Reiter vom Institut für gerichtliche Medizin der Universität Wien einen Herzfehler. Seine These konnte angesichts der sachlichen Argumentation des hinzugezogenen Obergutachters nicht standhalten. Trotzdem wurden die drei Fremdenpolizisten lediglich zu bedingten Haftstrafen verurteilt und konnten ihren Dienst weiter versehen.

Staatlicher Rassismus

Der Freispruch für Igor V. kam nicht unerwartet. Und er zeigt einmal mehr auf: Staatlicher Rassismus schreckt vor Toten nicht zurück, die Taten bleiben ungesühnt. Um darauf aufmerksam zu machen, hatten sich laut taz rund 70 Aktivist_innen zur Urteilsverkündung im Gerichtsgebäude versammelt. Als der Kammervorsitzende Bernd Asbrock das Urteil verkündete, entrollten sie ein Transparent mit der Aufschrift "Das war Mord" und riefen: "Afrikaner haben vor deutschen Gerichten selbst dann Unrecht, wenn sie von weißen Polizisten getötet werden." Eine bereitstehende Polizeieinheit räumte die Protestierenden aus dem Gerichtssaal.

(Quelle: http://no-racism.net/article/2754/)

Oury Jalloh - das war Mord!

Das Landgericht Dessau hat am 8. Dezember die beiden angeklagten Polizeibeamten Andreas Schubert und Hans-Ulrich März freigesprochen. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kündigt eine UNABHÄNGIGE KOMMISSSION an, um die Todesumstände und Vertuschungen im Gerichtsverfahren zu untersuchen Wieder einmal zeigte das rechtsstaatliche System, wie wenig es sich für Aufklärung, Wahrheit und Gerechtigkeit im Fall Oury Jalloh aber auch in anderen Fällen rassistischer Polizeibrutalität einsetzt. Seit mehreren Monaten erklärte die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, dass dieser Prozess eine Farce ist, und warnt vor genau solch einem Prozessausgang.

Prozess endet mit Freispruch

Berlin / Dessau, 19. Dezember 2008:

"Die Polizei wird mit der Durchführung des Disziplinarverfahrens weitere Konsequenzen gegen die betroffenen Polizeibeamten ziehen", hieß es von Polizeiseite zum Ende des Prozesses. Dennoch ist klar, dass die Polizei durch offensichtliche Lügen, Falschaussagen und Korpsgeist entscheidend für das Scheitern des Prozesses verantwortlich ist. Dieser Meinung ist sogar Richter Steinhoff. Wie erwartet, kam es im Verfahren Oury Jallohs zu einem Freispruch für die beiden angeklagten Polizisten. Weder die Staatsanwaltschaft noch das Gericht waren in der Lage, einen der beiden Beamten wegen Fahrlässigkeit zu verurteilen. Doch wenn die beteiligten Parteien sich auf die unwahrscheinlichste von allen theoretischen Möglichkeiten beschränken, d.h. Oury Jalloh habe sich selbst angezündet, wenn alles, was nach dem Ausbruch des Feuers passierte, als irrelevant für den Prozess gilt, wenn ein ganzes Revier mauert und lügt, ohne dafür bestraft oder wenigstens im Gericht vereidigt zu werden, kann man nichts anderes erwarten, als das, was Richter Steinhoff sehr treffend ausgedrückt hat: "Dieses Verfahren ist gescheitert." Sein eigenes Urteil nannte er deswegen, "einfach nur ein Ende, das formal sein muss". Die Farce liegt aber vor allem darin, dass es von Prozessbeginn an viele Indizien und Beweise, die auf Mord hinwiesen, gab, denen das Gericht jedoch nicht nachgegangen ist. Es ist zwar aufwendig, aber nur einseitig ermittelt worden.

Überraschend ist das Ende des Verfahrens nicht. Die Anklageschrift hat sich schon kurze Zeit nach Prozessbeginn als nicht geeignet erwiesen, um die Todesumstände Oury Jallohs herauszufinden. Spätestens als die in der nachgebauten Zelle mehrmals wiederholten Versuche der Feuerwehrgutachter ergaben, dass ein wie Oury Jalloh gefesselter Mensch sich nicht selber anzünden kann, hätte es Ermittlungen wegen Mord und eine entsprechende Anklage geben müssen.. Aber so steckt Richter Steinhoff in der Klemme. Angemessen verurteilen konnte er am 8. Dezember nicht, und um einen größeren Aufschrei in der Öffentlichkeit zu verhindern, wollte er auch nicht freisprechen. Ein Feuerzeug, das Oury Jalloh bei seiner Festnahme nicht dabei hatte, kann man auch nicht übersehen. Man kann auch keinen Menschen vor dem Feuer retten, wenn man davon ausgeht, dass er bereits durch Misshandlungen gestorben ist. Schließlich wurde bei der zweiten Obduktion festgestellt, dass Oury Jalloh ein gebrochenes Nasenbein hatte. Um eine mögliche Revision im Vorfeld zu vermeiden, und um die Akte Oury Jalloh endlich schließen zu können, schlug das Gericht sogar die Einstellung des Verfahrens vor und scheute sich nicht davor, ein beschämendes Angebot von 5.000 EUR als Entschädigung für die Familie anzubieten.

"Sie, diese Polizei in ihrer Organisation von oben bis unten ist des Mordes an Oury Jalloh angeklagt. Die im Verfahren gesammelten Indizien fügen sich jenseits einzelner Personen zu einem schlüssigen Gesamtbild zusammen: Die Polizei zu Dessau ist schuldig."

(Wolf Dieter Narr, Prozessbeobachter vom Komitee für Grundrechte und Demokratie)

"Genauso die Staatsanwaltschaft und das Gericht Deutschland ist schuldig am Tod von Oury Jalloh und schuldig an allen anderen Fällen, wie diesem, die bis heute nicht aufgeklärt sind."

(Mouctar Bah, Initiative in Gedenken an Oury Jalloh)

Da das Gericht sich geweigert hat, allseitig und umfassend zu ermitteln, um die Todesumstände Oury Jallohs herauszufinden, arbeitet die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh am Aufbau einer Unabhängigen Kommission. Die entsprechende Petition wird am 7. 01. 2009 um 12 Uhr auf einer Pressekonferenz in Dessau präsentiert.

Menschenrechtsorganisationen, politische Parteien und Gruppen, die nach dem Freispruch der beiden Beamten eine Unabhängige Kommission gefordert haben fordern wir hiermit auf, sich nicht nur dazu zu äußern sondern alles zu unternehmen, dass diese zustande kommt.

Seit fast 4 Jahren organisiert die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh Aktionen in Dessau aber auch in anderen Städten. Seit fast 4 Jahren müssen wir die Anwesenheit der PolizeibeamtInnen, gegen deren Gewalt und gar Mord an unseren Nächsten wir protestieren, in und um unsere Demonstrationen hinnehmen. Jedes Mal mussten wir die Provokation der Polizei ertragen. Am 8. Dezember kam es wiederholt zu Übergriffen seitens der Polizei, bei denen zwei Teilnehmer der Demonstration festgenommen wurden. Zwei Mal versuchte die Polizei grundlos Mb. Y. festzunehmen, um die Demonstrationsleitung und somit den Protest festzusetzen, was jedoch durch die Entschlossenheit der Protestierenden verhindert werden konnte. Daraufhin erhielt er einen Platzverweis. Solche Aktionen und Provokationen seitens der Polizei sehen wir als einen Versuch der Einschüchterung der AktivistInnen, um sie vom Festhalten an ihrem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit abzubringen. Bis heute hatten diese Versuche keinen Erfolg und werden es auch in Zukunft nicht haben.

Fast 4 Jahre nach Oury Jallohs bestialischem Tod in Zelle Nr. 5 in Dessau und nach einem Scheinprozess sagen wir weiterhin: Oury Jalloh - das war Mord!

und fordern:
BREAK THE SILENCE!!! WAHRHEIT! GERECHTIGKEIT! ENTSCHÄDIGUNG!

Wir werden den Kampf nicht aufgeben, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Aus diesem Anlass ruft die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh alle auf, mit uns gegen rasssistische Polizeigewalt und gegen Scheinprozesse, durch die Morde vertuscht werden, auch am **7. Januar 2009 ab 13 Uhr in Dessau** zu demonstrieren.

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh



Am Wochenende des 13. und 14. Februar 2009 wird es in Dresden zu mehreren Naziaktivitäten kommen. Vor allem am 14. Februar werden mehrere tausend Nazis zum derzeit letzten verbliebenen jährlichen Nazigroßaufmarsch erwartet.
Die internationale Mobilisierung zu den antifaschistischen Gegenaktivitäten hat ebenfalls begonnen. In Dresden gibt es mehrere Vorbereitungskreise, von konservativ bürgerlich bis linksradikal reicht das dortige, zu den Gegenaktivitäten 2009 aufrufende Spektrum. Die starke Beteiligung im Lager der bürgerlichen Aufrufer für 2009 liegt vor allem daran, dass sehr viele Wahlen, von Kreis- über Landtage sowie auf kommunaler bevorstehen. Das sich daraus für DGB, SPD und die Linke der Sachzwang ergibt, bundesweit zu mobilisieren ist gut gegen den Naziaufmarsch. Auch wenn sich in den Verlautbarungen der staatstragenden Mode Antifaschisten wohl kaum Beiträge finden werden, die sich mit den historischen Ursachen der Bombardierung Dresdens oder der Suche nach der Antwort auf die Frage, woher der Vernichtungswille des deutschen Antisemitismus kam, beschäftigen. Sondern zu Erwarten steht, dass jede Gewalt außer der staatlichen abgelehnt wird und dem totalitaristischen gleichsetzen linker und rechter Überzeugung das Wort geredet wird, ist es gut dass sich voraussichtlich auch einige tausend Bürger_innen mehr als in den letzten Jahren an den Protesten beteiligen werden.
Auch im Spektrum der radikalen linken Aufrufer_innen hat sich was getan. In Dresden bildete sich das Bündnis !No pasaran! das sich in der Mobilisierung inhaltlich von den Aufrufen der letzten Jahre unterscheidet. Darüber hinaus wird sich mit der Interventionistischen Linken auch eine bundesweite Struktur offensiv über die nächsten Jahre an der Mobilisierung beteiligen. So dass es im Unterschied zu den letzten Jahren aus dem ganzen Bundesgebiet Busse geben wird. Auch aus Hamburg wird es einen Bus geben, aus Norddeutschland insgesamt einige. Wir mobilisieren auf die Demonstration von !No pasaran! um 11:00 am Dresdner Hauptbahnhof. Wir werden uns mit unseren Aktionen dem Treiben der Nazis laut und entschlossen entgegenstellen.
Info und Mobilisierungsveranstaltung HH: 06.02.2009 in der Hafenvokü.
Watch out:: www.dresden1302noblogs.org, www.antifa.de, www.dazwischengehen.org

No pasarán! Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!

Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden

Am 13. und 14. Februar 2009 wollen wieder tausende Nazis durch Dresden ziehen. Dieser Nazi-Pflichttermin, bei dem vorgeblich den Toten der alliierten Bombardierung Dresdens im Februar 1945 gedacht werden soll, ist der größte Aufmarsch dieser Art in Europa und der letzte regelmäßig stattfindende Großaufmarsch, der den extremen Rechten in der Bundesrepublik verblieben ist. Wir wollen und werden das nicht weiter hinnehmen. Deshalb rufen wir an diesem Wochenende alle AntifaschistInnen auf, gemeinsam mit uns in Dresden zu demonstrieren und mit vielfältigen Aktionen Stärke zu zeigen.

Warum Dresden?

Der 13. Februar in Dresden ist bereits unmittelbar nach der Bombardierung zu einem Symbol geworden, welches politisch in alle möglichen Richtungen ausgenutzt wurde. Den Grundstein dafür legte Goebbels' Propaganda-Ministerium mit drastisch nach oben manipulierten Opferzahlen und gefälschten Berichten, die zum Teil bis heute unhinterfragt weiter getragen werden. Seit Jahrzehnten wird weit über Nazikreise hinaus am Mythos Dresden gestrickt. Im Rahmen des Kalten Krieges und in Abgrenzung zur Politik der BRD versuchte auch die DDR, die Bombardierung der Stadt als Argument gegen die Strategien der NATO ins Felde zu führen. Nach der Wiedervereinigung wurde Dresden benutzt, um die deutschen Kriegstoten in den Vordergrund zu rücken. Deutlich wurde dies in den öffentlichen Debatten um den Luftkrieg. In Büchern wie "Der Brand", in denen sprachlich die Luftangriffe auf Deutschland mit der Shoa auf eine Stufe gestellt wurden, wird der Tabubruch im Sinne der TäterInnen-Opfer-Verkehrung inszeniert.
Die Nazis versuchen bis heute, die Geschichte - insbesondere die Shoa - zu relativieren und politisches Kapital aus dem Mythos Dresden zu schlagen. Das zeigen auch ihre alljährlichen Aktivitäten bei der Gedenkveranstaltung auf dem Dresdener Heidefriedhof und der abendliche Naziaufmarsch am 13. Februar. Dabei wird bewusst der Kontakt zu gedenkenden BürgerInnen gesucht, mit der Absicht über das gemeinsame Element der Trauer Anschluss zu finden.

Es ist kein Zufall, dass Dresden für die Nazis eine große Bedeutung hat: Die politische

Anschlussfähigkeit an Teile des bürgerlichen Lagers, das von einem rechten CDU-Landesverband dominierte Klima, ein scheinbar nazifreundliches Ordnungsamt, ein kaum vorhandenes zivilgesellschafliches Engagement und der anfänglich nur schwache antifaschistische Widerstand haben ihn so lange erhalten können. Seit 1998 wächst die TeilnehmerInnenzahl der Nazi-Aufmärsche. Nachdem sie anfangs im Wesentlichen ignoriert wurden, erreichten die Nazis um die Jahrtausendwende sogar eine Beteiligung aus der Dresdner Bevölkerung. Erst im Zuge der inhaltlichen Abgrenzung von Seiten der Stadt und in der Presse blieben die Nazis wieder unter sich.

Nicht zuletzt aufgrund der Debatten um den Nazi-Aufmarsch ist es in den letzten Jahren zu einer Reihe von sachlichen und umfassenden Darstellungen in Artikeln und Büchern gekommen. Ergebnis ist ein sich wandelndes Gedenken, bei dem der historische Kontext eine größere Rolle spielt als früher. Dennoch wird Trauer zum Teil immmer noch ideologisch und politisch aufgeladen und überhöht, während die Verbrechen Nazideutschlands in den Hintergrund rücken.

Sachsen rechts außen

Der so genannte "Trauermarsch" hat die Funktion der Vernetzung, Ideologiebildung und Festigung einer neonationalsozialistischen Identität. Mit seinem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus stärkt er die Nazis nach innen und soll strömungsübergreifende Einigkeit nach außen demonstrieren. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem Angriffe auf MigrantInnen, Linke und alle anderen, die nicht in das menschenfeindliche Weltbild der Nazis passen, zur Normalität werden. Während und nach dem Aufmarsch treten die Nazis häufig und brutal in Aktion.

Gerade in Sachsen sind militante Neonazis in der Offensive. Durch die enge Verknüpfung mit dem Hooliganmilieu kam es z.B. beim Halbfinale der Fußball-EM zu einem beispiellosen Vorgehen gegen türkische und kurdische Läden in Dresden. Etwa 50 Nazis prügelten sich durch die Dresdner Neustadt; zerschlugen Geschäfte und verletzten dutzende Menschen. Nur wenige Tage zuvor versuchten 500 Nazis in das alternative Viertel einzumarschieren. Anschläge und rassistische Übergriffe gehören zum Alltag. Nazis finden Rückhalt in einer jahrelang gewachsenen sächsischen Infrastruktur in Form von Jugendclubs, Szeneläden, Sportvereinen und konkret in Dresden im überregionalen Nazitreffpunkt in der Oskar-Röder-Straße. Bekleidungsgeschäfte, wie etwa "Larvik" oder "Never Straight Clothes", ermöglichen es Nazis und deren Sympathisierenden sich unkompliziert mit Szeneutensilien auszustatten und so Neonazistrukturen wirtschaftlich zu unterstützen. Auch in den kommunalen und landesweiten Parlamenten sind die Nazis massiv vertreten und glänzen dort regelmäßig mit Skandalen und Pöbeleien.

No pasarán - Sie werden nicht durchkommen

Trotz politischem Gegenwind steigerte sich der Widerstand gegen den Aufmarsch am 14. Februar kontinuierlich. 2006 gelang es erstmals, die Nazis zum Umdrehen zu zwingen. Auch in den folgenden Jahren gab es antifaschistische Erfolge. 2008 waren mehrere Tausend Menschen aktiv daran beteiligt, die Neonazis zu blockieren. Daran werden wir anknüpfen, wir werden mehr und wir werden, wenn es sein muss, auch in den kommenden Jahren aktiv - wir geben keine Ruhe, bis der Naziaufmarsch weg ist!

Dazu finden in vielen Städten schon jetzt Aktionen statt, mit dem Ziel, viele Menschen zu bewegen und zusammen nach Dresden zu fahren. Dort sind an diesem Tag verschiedene antifaschistische Kundgebungen und Aktionen geplant. Gemeinsam mit allen fortschrittlich denkenden Menschen werden wir uns die Straßen Dresdens zurückholen!

Am Sonnabend, den 14. Februar findet eine vielfältige und kämpferische antifaschistische Demonstration statt. Wir wollen mit unserer Präsenz, unseren Inhalten und unseren Aktionen ein deutliches Zeichen setzen.

Beteiligt euch an der europaweiten Mobilisierung und kommt zu den Aktionen gegen den Nazigroßaufmarsch!



Smash, we can!

Den herrschenden Kriegszustand sabotieren

Februar 2009 - wieder treffen sich die führenden Repräsentant_innen der NATO-Staaten und ihre Verbündeten sowie Vertreter_innen der Rüstungsindustrie in München. Die sogenannte Sicherheitskonferenz ist laut ihrem neuen Vorsitzenden Wolfgang Ischinger "das wichtigste Forum zum Gedankenaustausch von Entscheidungsträgern der internationalen Sicherheitspolitik". Das Ergebnis dieser militärischen "Sicherheitspolitik" bedeutet für Millionen Menschen Krieg und Unterdrükkung.

April 2009 - zeitnah zur "Sicherheitskonferenz" wollen sich die Kriegstreiber der NATO-Staaten in Strasbourg/Baden-Baden versammeln, um den 60.Geburtstag der NATO auf einem Frühjahrstreffen zu begehen. 60 Jahre mörderische Politik - das ist für sie ein Anlass sich auf die Schultern zu klopfen...

Wir sehen das anders!

Wir werden uns organisieren, demonstrieren, sabotieren - wir werden es nicht zulassen, dass sie ungestört Kriege vorbereiten und 60 Jahre imperialistische Politik abfeiern!

Deshalb auf nach München! Auf nach Strasbourg!
Sa, 07.02. 12:30 München Marienplatz
Internationale Großdemonstration
6.-7. Februar 2009 München

KEIN FRIEDE MIT DER NATO-KRIEGSPOLITIK

Im Oktober 2008 hat der Bundestag eine Verlängerung des Mandats für die deutschen Isaf-Truppen in Afghanistan und eine Aufstockung des Kontingents deutscher Soldaten auf 4500 beschlossen. Dies bedeutet die Ausdehnung einer Kriegspolitik, deren verheerende Folgen im seit sieben Jahren von NATO-Truppen besetzten Afghanistan mehr als deutlich werden. Zehntausende Menschen wurden als Folge des Krieges in Afghanistan getötet, hunderttausende sind auf der Flucht. Die Bevölkerung ist neben den direkten Gefahren eines offenen Krieges mit einer katastrophalen Ernährungslage und der Zerstörung der sozialen Infrastruktur konfrontiert. Die kapitalistische Inwertsetzung, die die westlichen Mächte unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands zu ihren Gunsten in Afghanistan gewaltsam durchsetzen, verschärft die Armut der breiten Bevölkerung. Exemplarisch für diese Politik wäre das vom Westen diktierte Investitionsabkommen zu nennen, das Zollreduzierungen ebenso beinhaltet wie weitreichende Befugnisse für ausländische Investoren: Ihnen wird 100%iger Firmenbesitz mit weitreichendem Schutz vor Enteignungen, die Befreiung von Steuern und voller Gewinntransfer ins Ausland zugesichert. Die Rede vom "Wiederaufbau des Landes" und einem "humanitären Auftrag" ist zynische Heuchelei. Die vermeintlich zivile "Entwicklungshilfe" wird der militärischen Logik untergeordnet und in westliche Profite umgemünzt. Ein großer Teil des Geldes, das Deutschland erklärtermaßen für "Entwicklungshilfe" in Afghanistan zur Verfügung stellt, fließt in den durch deutsche Polizisten angeleiteten Aufbau eines Polizeiapparates. Die meisten Menschen in Afghanistan lehnen die Besatzung ab. Zwar nehmen auch in Europa die Stimmen gegen einen zeitlich unbegrenzten und zunehmend eskalierenden Krieg zu, aber was fehlt ist eine lautstarke antimilitaristische Kritik. Der vermeintliche "Kampf gegen den Terrorismus" in Afghanistan, im Irak und anderswo muss als brutaler, von kapitalistischen Interessen geleiteter Krieg des Westens um Hegemonie und Kontrolle benannt werden.
Diesem setzen wir unseren vielfältigen Widerstand entgegen!

WEDER EUREN KRIEG - NOCH EUREN FRIEDEN

Von der Macht harmlos klingender Begriffe wissen die Teilnehmer_innen der "Sicherheitskonferenz", wenn sie sich unter diesem Titel auch im Februar 2009 wieder versammeln, um Kriege zu planen und Rüstungsgeschäfte zu verhandeln. Das Wort "Sicherheit" hat Konjunktur. Erst kürzlich fühlte sich ein NATO-Stabschef bemüßigt, ein Strategiepapier "Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" zu betiteln und seine kriegerischen Thesen somit als Ausweg aus einer vermeintlichen allumfassenden "Unsicherheit" zu beschreiben. Fast kein Diskurs der herrschenden Politik kommt ohne "Sicherheit" als sich scheinbar selbst erklärendes Ziel aus. Es gibt momentan keine andere Begriffshülse, die so wenig konkret bestimmt ist, aber gleichzeitig so viel Gewalt umschreibt und diese legitimiert wie die Chimäre "Sicherheit".
Während unter dem Motto der "äußeren Sicherheit" Kriege geführt werden, lässt auch die "innere Sicherheit" den Herrschenden keine Ruhe. Mit ihrem Papier "Sicherheitsstrategie für Deutschland" vom 6.5.2008 bekräftigt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Forderung nach der grundsätzlichen Ermöglichung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren. "Die bisherige Trennung von innerer und äußerer Sicherheit oder in Kriegszustand und Friedenszeit" sei nicht länger aufrechtzuerhalten, so ist als Begründung für ihre Forderung zu lesen. "Ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik" müsse sich in einer "deutschen Sicherheitsarchitektur" niederschlagen. Das Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg und Frieden, zwischen "innerer" und "äußerer Sicherheit", welches hier als natürliche Entwicklung erscheint und als Argument für repressive Neuerungen herhalten muss, ist aber nicht Ursache, sondern Folge einer Politik, die kapitalistische Herrschaft und Kontrolle lokal wie global repressiv durchsetzt. Nicht zuletzt auf europäischer Ebene entstehen ständig neue Organisationen, in denen Militär, Polizei und zivile Hilfsorganisationen in einem bürgerrechtsfreien, supranationalen Raum mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet zusammenarbeiten. Ziel dieser Politik ist es, die Festung Europa als weltweit stärksten Wirtschaftsraum zu behaupten, globale Kontrollmacht zu vergrößern, die Grenzen der EU aufzurüsten und politische Opposition und Widerstand effektiver bekämpfen zu können. Die EU baut nicht nur im Ausland militaristische und repressive Regime auf, sie konstituiert sich auch selbst zunehmend als solches. Das bestätigt einmal mehr unser Wissen, dass die viel proklamierte "Sicherheit" die Sicherheit der herrschenden Klasse ist, die für den Großteil der Menschen dieser Welt, Armut, soziale Unsicherheit, Krieg, Repression und Unterdrückung bedeutet.Verunsichern wir die Sicherheitsstrategen!
Die herrschende Sicherheit offensiv und kreativ erschüttern!

FRONTEX ABSCHAFFEN! FÜR FREIES FLUTEN!

Eine der Organisationen, die die Verschmelzung von Polizei und Militär vorantreibt, ist die europäische Grenzschutza-

gentur Frontex. Frontex verfolgt eine Politik der Migrationsabwehr um die Festung Europa. Dabei geht es nicht "nur" um die europäische Außengrenze - der Krieg gegen Flüchtlinge soll überall entlang der Migrationsrouten geführt werden: In den Herkunfts- und Transitländern werden die Grenzpolizeien aufgerüstet und Transportfirmen zur Abschiebung von Flüchtlingen in die Pflicht genommen.
Im Mittelmeer, aber auch unmittelbar vor den Küsten einiger westafrikanischer Staaten patroullieren europäische Kriegschiffe, um Flüchtlingsboote abzufangen. Diese Einsätze zwingen den Flüchtlingen und Migrant_innen längere, gefährlichere Routen auf und führen damit jährlich zu tausenden Todesfällen in Mittelmeer und Atlantik. Auch die eigentliche EU- Außengrenze wird zunehmend militarisiert und technisiert, etwa durch den Einsatz von militärischen Drohnen und die explizite Einbeziehung der Kriegsministerien in den Grenzschutz. Für das Innere der EU plant Frontex eine Datenbank, die alle Ein- und Ausreisen erfasst und Menschen, die länger bleiben als ihr Visum gültig ist, automatisch zur Fahndung ausschreibt. Älter als die Organisation Frontex sind zehntausende Flüchtlingslager, sowie all die anderen Entrechtungen, denen Flüchtlinge und Migrant_innen in Europa ausgesetzt sind. Mit diesem rassistischen Grenzregime betreiben die EU-Staaten den gewalttätigen Ausschluss derer, die nicht als billige und rechtlose Arbeitskräfte in Europa gebraucht werden. Die weitgehende Abschottung der Unerwünschten ist aber auch kapitalistisches Krisenmanagement; wenn Menschen vor Kriegen oder den Folgen ökonomischer Zusammenbrüche fliehen, versuchen die Metropolenstaaten ihr Möglichstes, um Flüchtlinge weit vor Europa aufzuhalten. Nicht umsonst führt die NATO in ihren Strategiepapieren "unkontrollierte Migrationsbewegungen" als Kriegsgrund an.
Wir setzen dieser Politik unsere praktische Solidarität mit den Kämpfen von Flüchtlingen und Migrant_innen entgegen!
Offene Grenzen für alle - Freedom of movement is everybody's right!

WIDERSTAND LÄSST SICH NICHT VERBIETEN

Die Verschmelzung von "innerer" und "äußerer Sicherheit" zeigt sich auch an der Situation, mit der wir im Februar in München konfrontiert sein werden: Es ist kein Treppenwitz der Geschichte, wenn die "Sicherheit" der "Sicherheitskonferenz" durch ein neues Versammlungsrecht "gesichert" wird, das als Vorstufe seiner eigenen Abschaffung erscheint. Auch hier wird deutlich, dass die Diskurse der "Sicherheits"-strategen über "zivil-militärische Zusammenarbeit", "Homeland Security" und "vernetzten Heimatschutz" nicht nur in Afghanistan und im Irak materielle Realität werden, sondern auch vor der eigenen Haustüre.
Die Bayerische Landesregierung hat Mitte Juli 2008 ein neues Versammlungsgesetz für Bayern beschlossen, welches die faktische Abschaffung der Versammlungsfreiheit und einen Freibrief für absolute Polizeiwillkür, was die Genehmigung und Durchführung von Demonstrationen angeht, bedeutet. Besonders absurd sticht dabei das so genannte "Militanzverbot" hervor, das u.a. verbietet, "gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen, sofern damit eine einschüchternde Wirkung verbunden ist." Was einschüchternd ist und was nicht, liegt selbstverständlich im Ermessen der jeweiligen polizeilichen Einsatzleitung. Dieser Paragraf kann konkret sowohl den Schwarzen Block als auch einen gewerkschaftlichen Streikposten kriminalisieren. Wer denkt, das sei wieder mal Ausdruck der "bayerischen Art", täuscht sich: Es wäre nicht das erste Mal, dass in Bayern erfolgreich ausprobierte repressive Maßnahmen zum bundesweiten Maßstab würden. Das neue bayerische Versammlungsgesetz passt als Baustein in die Logik eines repressiven Staates, der wachsende soziale Unsicherheit in einem krisenhaften Kapitalismus mit Überwachung und Kontrolle beantwortet.
Wir werden uns niemals von dem neuem bayerischen Versammlungsgesetz beeindrucken lassen!
Wie unser Widerstand aussieht, bestimmen wir selbst!





ANTIKAPITALISMUS GLOBALISIEREN!

Wenn eine Folge der momentanen Finanzkrise mit Sicherheit voraussagbar ist, dann ist dies die weitere Verschärfung der Umverteilung von unten nach oben. Nicht nur lösen sich Pensions- und Rentenkassen in Luft auf und verschwinden Spareinlagen; die Summen in Milliardenhöhe, mit denen die Staaten versuchen ihre Geldinstitute zu retten, werden aus Lohn- und Einkommmenssteuer, durch Kürzungen in den Sozialversicherungsystemen und bei sozialen Hilfsprogrammen usw. aufgebracht. Die zur Schau gestellte Bestürzung der PolitikerInnen über diese als unvorhersehbar dargestellte und vermeintlich einer zeitweiligen "Anormalität" der Marktwirtschaft entspringenden Krise verschleiert ihre Ursprünge. Krisen gehören zum Kapitalismus und die Schaffung riesiger Schuldenblasen ist integraler Bestandteil des Neoliberalismus, der seit den 80er Jahren von den global dominierenden Staatsregierungen und den ökonomischen Eliten in Form der Deregulierung von Kapital- und Finanz-

märkten forciert wurde. Diese wesentlichen Aspekte der Globalisierung führen zu einer starken Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise treffen am härtesten die arme Bevölkerung des globalen Südens. Alle, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen im Zuge dieser Entwicklung wehren, sind zunehmend mit Repression und Militarisierung konfrontiert. Es ist durchaus nichts Neues, dass ein krisenhaftes kapitalistisches System sich durch Krieg am Laufen hält. Gegen die Umverteilung von unten nach oben setzen wir auf globale Aneignungskämpfe - gegen ihre Repression auf emanzipatorischen Widerstand weltweit!
We won't pay for your crisis!

FÜR EINE DIREKTE ANTIMILITARISTISCHE PRAXIS

Wenn die Strategen der herrschenden "Sicherheit" es sich zum Ziel gesetzt haben, die Unterschiede zwischen "innerer" und "äußerer Sicherheit", zwischen Polizei und Militär, zwischen Razzia und Krieg aufzulösen, so müssen wir ihre Strategie zu unserer Waffe machen und unsere Kämpfe gegen die verschiedenen Facetten dieser Politik verknüpfen. Weltweit gibt es immer wieder Versuche, militärische Ausrüstung für ihren kriegerischen Einsatz untauglich zu machen. Die einen nennen es aktive Abrüstungsinitiative oder Sabotage, einige FriedensaktivistInnen sprechen vom sogenannten ploughsharing ("Schwerter zu Pflugscharen machen"), während die Herrschenden solche Aktionen wahlweise Sachbeschädigung, Brandstiftung oder Terrorismus nennen. In Deutschland sind es die Paragraphen 129ff StGB, auf deren Grundlage immer wieder versucht wird, antimilitaristische Praxis zu kriminalisieren. Was aber ist die Zerstörung von Kriegsmaterial im Vergleich zu dessen tödlichem Einsatz in Kriegen? Deshalb bleibt das Ziel ihre Wehrkraft zu zersetzen und die Ruhe an der Heimatfront zu stören! Für die lokale Etablierung praktischer Abrüstungsinitiativen! Sorgen wir für eine Ächtung des Militärs, nehmen wir ihnen das Gefühl des Rückhalts. Wenn die Militarisierung der Gesellschaft so weit fortgeschritten ist, dass uns das Kriegspersonal überall begegnet, im Zug und bei Familienfeiern, bei Rekrutierungsevents in Schulen und Arbeitsämtern - dann werden wir überall dort stören und intervenieren! Bundeswehr wegtreten! Zur Wehrkraftzersetzung gehört auch der Kampf gegen das Patriarchat, dessen brutalster Ausdruck sexualisierte Gewalt darstellt. Wo Krieg und Militär den Alltag bestimmen, nehmen Vergewaltigungen, Zwangsprostitution und Frauenhandel drastisch zu. Das ist kein Zufall. Militärische Mobilisierung und Drill funktionieren über dominante Männlichkeitsbilder. Machismo ist eine Kriegsressource! Kampf gegen alle militaristischen Männerbünde! Unsere Solidarität gilt jenen Soldat_innen weltweit, die beschlossen haben, sich der Grausamkeit und Ungerechtigkeit von Kriegseinsätzen zu verweigern und heute in Militärgefängnissen sitzen oder mit Repression überzogen werden! Organisiert Hilfe und Unterstützung für DeserteurInnen!

www.no-nato.de
www.natogipfel2009.blogsport.de

Solidarität mit Olli, Florian und Axel, denen vorgeworfen wird, im Juli 2007 Bundeswehrfahrzeuge angezündet zu haben!
Gegen Krieg und Krise: Antimilitaristischen Widerstand entwickeln! Gesellschaftlichen Reichtum aneignen!

In diesem Sinne: Kommt alle am 6./7. Februar nach München!
Wir sehn uns im Internationalistischen Block! Vermiesen wir den 60ten Geburtstag der NATO in Strasbourg vom 3. bis 4. April

Grußwort von Ex-Gefangenen im mg-Verfahren zum Aktionstag am 13.12.08

Liebe GenossInnen und FreundInnen,
wir möchten als einige Ex-Gefangene aus dem mg-Verfahren den InitiatorInnen und TeilnehmerInnen des internationalen Aktionstages gegen staatliche Repression und Überwachung für ihr Engagement herzlich danken. Diese Initiative ist ein Ergebnis unserer monatelangen Informations- und Mobilisierungstour zum mg-Verfahren durch die gesamte Republik und einige angrenzende Länder. Wir wurden vielfach aufgefordert, einen dezentralen Aktionstag vorzuschlagen, an dem sich solidarische GenossInnen und FreundInnen vor Ort einbringen können. In einem halben Dutzend BRD-Städten sowie in Zürich und Wien wird es zum mg-Verfahren und darüber hinaus Veranstaltungen, Demonstrationen und weitere eigenständige Beiträge geben. Das motiviert hoffentlich nicht nur uns, über die Begleitung des § 129-Prozesses vor dem Berliner Kammergericht hinaus die Initiative zu behalten! Dass wir weiterhin mobilisiert zu bleiben haben, zeigt nicht erst der Staatsmord an Alexis in Athen!
Wir wurden als vermeintliche Angehörige der militanten gruppe (mg) wegen der Mitgliedschaft in einer sog. kriminellen Vereinigung nach § 129 angeklagt und sitzen uns seit dem 25. September dieses Jahres unsere Gesäßhälften im Sicherheitssaal des Berliner Landgerichts breit. Die mg ist seit 2001 eine der Gruppierungen aus der revolutionären Linken, die sich kontinuierlich und aktiv in einen Debattenprozess um die Organisierung militanter Politik und die Verknüpfung mit anderen Widerstandsbereichen in der BRD eingebracht hat. Von ihrer ideologischen Grundorientierung her sieht sie sich als einen sozialrevolutionär-antiimperialistischen Zusammenhang, der sich u.a. auf linkskommunistische Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung stützt. Die Texte der mg sind über die Homepage des Berliner Einstellungsbündnisses einzusehen.
Das Verfahren gegen uns als vermeintliche mg-Mitglieder ist für den Aktionstag zwar der inhaltliche Aufhänger, aber es ist ganz in unserem Sinne dieses in den Kontext zu stellen, in den es gehört. Wir sehen uns seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm mit einer Kette von staatlichen Repressionsschlägen konfrontiert. Mehrere Verfahren nach dem Gummiparagrafen 129a wurden eingeleitet, Tausende Menschen wurden aktenkundig und sind auf unbestimmte Zeit im Visier der Repressionsorgane der BRD. Dabei blieb bisher zu sehr im Hintergrund, das weiterhin die organisierte migrantische Linke im







schwerwiegende gesundheitliche Folgen davongetragen haben. Für einen der Angeklagten, für Mustafa Atalay, läuft eine Freilassungskampage, die es es zu unterstützen gilt! Auch im internationalen Rahmen läuft die Repressionsmaschine. Seit Jahren ist die Initiative des Aufbaues einer Roten Hilfe International Ziel von Staatsschutzangriffen. So in Belgien und der Schweiz. In Belgien wurden u.a. ehemalige langjährige Gefangene, die sich in den 80er Jahren in der Stadtguerilla Kämpfende Kommmunistische Zellen (CCC) organisierten, mit neuen Verfahren überzogen. In Italien befinden sich seit Monaten Mitglieder der Kommunistischen Partei politisch-militärisch, der PC p-m vor Gericht. Die PC p-m hat ihre organisatorischen Ursprünge in einer der Tradtionslinien der Roten Brigaden.

Die gefangenen Genossen aus der PC p-m haben uns in einer Grußbotschaft zu unserem Verfahrensauftakt geschrieben, dass der revolutionäre Prozess unter schlechten, aber häufigen Umständen durch Gerichtssäle und Knäste führt. Sie haben recht. Du hast deine politische Identität weder beim Betreten der Schleuse zum Gericht noch hinter der Knasttür abzugeben. Was so verdammt einfach daher gesagt klingt, ist umso schwerer Tag für Tag aufrechtzuerhalten.

Wir wissen, wovon wir reden. Aber vergegenwärtigen wir uns ein paar Banalitäten: Politisches Engagement für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, d.h. in unserem Verständnis ´Für den Kommunismus´, das den vorgezeichneten Pfad der Gesetze der Klassenjustiz verlässt, wird den schlagenden Arm der Repressionsorgane zu spüren bekommen. Ohne zynisch wirken zu wollen, die Klassenjustiz hat nur dann ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie die Ordnung von Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen weiß.

Was haben wir dem entgegenzusetzen? Einiges und vieles, was auszubauen ist. Zunächst müssen wir verstehen, dass Anti-Repressionsarbeit kein Spartenprogramm unserer Aktivität sein darf. Wir denken, dass wir in der kommenden Zeit mit regelmäßigen Schüben staatlicher Gewalt zu rechnen haben werden. Daraus folgt, dass wir den aktiven Repressionsschutz direkt in unsere Politik als revolutionäre Linke aufnehmen müssen. Angeklagte und Gefangene aus unseren Reihen haben wir auch nicht in erster Linie als passive Opfer zu betrachten, die wir hauptsächlich als karikativen Sonderfall anzusehen haben. Gegenteilich. Geben wir ihnen den Raum, um sich als politisches Subjekt besser behaupten zu können. Dazu gehört u.a. eine Verteidigung der politischen und organisatorischen Hintergründe derjenigen, die Staatsschutzverfahren an der Backe haben oder bereits eingeknastet sind. Nein, keine uneingeschränkte Solidarität zu wem auch immer fordern wir hier ein.

Wir sprechen uns dafür aus u.a. Projekte wie die Rote Hilfe International zu unterstützen, die sich den Aufbau einer internationalistischen Klassensolidarität zum erklärten Ziel setzt; eine Initiative politische Antirepressionsarbeit mit dem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus zu verbinden.

Viele, viele solidarische GenossInnen und FreundInnen würden wir an dieser Stelle unmittelbar danken wollen. Allein der Platz reicht innerhalb eines kleinen Redebeitrages nicht aus. Stellvertretend wollen wir uns an den Schweizer öko-anarchistischen Gefangenen Marco Camenesch wenden, der uns für den Aktiontag eine kämpferische Grußbotschaft zukommen ließ: Hey, lass uns zusammen unsere vielfältigen Waffen der Solidarität weiter schmieden!!

Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen! Freiheit für Mustafa Atalay! Internationale Klassensolidarität aufbauen - Kapitalismus zerschlagen! Wir sehen uns morgen auf der Free Mumia-Demo!

Einige Ex-Gefangene aus dem mg-Verfahren

Fokus von BKA und Bundesanwaltschaft steht. Der aktuell laufende Prozess im traditionsbeladenen Bunker von Stuttgart-Stammheim gegen angebliche Führungskader der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front) ist nur ein Beleg dafür. Wir solidarisieren uns mit den fünf im Stammheimer Bunker Angeklagten, von denen zwei aufgrund der Isolationshaft

Aufruf: Unterstützt die 9 Angeklagten in der „Affäre von Tarnac“!

Vom 15. bis 25. Januar sollen „Unterstützungstage“ stattfinden. 10 Aktionstage gegen Antiterrorgesetze im Januar.

Die sogenannte „Affäre von Tarnac“ hat auch etwas Vorteilhaftes gehabt, nämlich stellt sie der Öffentlichkeit die Frage wie weit „Antiterrorgesetze“ gehen dürfen.

Wir haben die tatsächlichen Absichten eines Staates gesehen, der neue Gesetze schafft und diese Gesetze auch anwendet. Gleichzeitig sehen wir einen Staat der sich im Inland Feinde suchen und definieren muss, um sich so die Herrschaft zu sichern.

In dieser „Affäre“ sind 9 Aktivist_innen die wegen „Sabotage an Bahnoberleitungen mit Hakenkrallen“ angeklagt. In der Anklageerhebung werden sie als „kriminelle Vereinigung“, die das Ziel verfolgt „terroristische Taten“ durchführen zu wollen, beschrieben. 2 Aktivist_innen befinden sich immer noch im Gefängnis.

Was in der Vergangenheit passierte...
Die Polizeiaktion in den Morgenstunden des 11. November 2008 glich mehr einer militärischen als einer polizeilichen Aktion, die Verdächtigen wurden in ihren Betten mit vorgehaltenen Waffen von einer Sondereinheit der Polizei geweckt.
Die Medien, die vorab von dem Polizeieinsatz informiert wurden und zeitgleich mit der Polizei eintrafen, hatten sich in diesem Augenblick schon gefreut verkünden zu können das „ als gefährlich eingestufte Terroristen“ festgenommen wurden.
4 Tage wurden die Festgenommenen ohne irgendwelche Beweise im Polizeigewahrsam festgehalten. Die Medienmeldungen werden bald wieder vergessen sein, aber die Androhungen gegen die Angeklagten bleiben. Gemeint sind wir alle, die „gefährliche“ Bücher schreiben oder lesen, sich das denken nicht verbieten lassen, die sich die Herrschende Ordnung nicht gefallen lassen, sich dagegen wehren und die Fehler suchen und aufzeigen wollen. Wir können uns ein Leben in dieser Welt, ohne zu kämpfen, nicht vorstellen.

Wir sind nun offiziell Terroristen
Es gibt etwas wichtiges zu verstehen, nämlich dass die „Affäre von Tarnac“ kein Justizirrtum ist.
Es veranschaulicht uns, nicht das erste mal, aber wie schon lange nicht mehr so unverhohlen, wie die „Antiterrorgesetze“ jetzt benutzt werden. Wir leben in einer Zeit wo die Ausnahme zur Regel geworden ist.

In Frankreich und einigen anderen Ländern haben sich Unterstützer_innengruppen für die Angeklagten gegründet. Es ist wichtig das gerade über die Festtage die Betroffenen und die Vorgänge nicht vergessen werden. Wir werden an 10 Tagen, vom 15. Januar bis zum 25. Januar, viele Unterstützungsaktionen wie Konzerte, Diskussionen, Projektionen und Aktionen durchführen um die Ereignisse im Gedächtnis zu behalten.
Wir wollen auch das die Anklagen gegen unsere Freund_innen und Genoss_innen neu verhandelt werden und die sich noch im Gefängnis befindenden sofort entlassen werden.

Die vom Innenministerium initiierte Medienhetze gegen die Angeklagten muss sich gegen die Verantwortlichen richten die die politische Aktion zu kriminalisieren versuchen.
Aus diesem Grund findet am 31. Januar eine große Demonstration in Paris statt.
Für diese Demo soll an den Unterstützungstagen mobilisiert und vorbereitet werden.
Die anstehenden Prozesse werden viel Geld kosten, deshalb ist es wichtig wenn ein wenig Geld bei den Aktionstagen gesammelt und gespendet werden wird. Der Erfolg dieser Tage hängt davon ab wie viele Menschen wir mobilisieren können um die Betroffenen zu unterstützen.



Mehr als Hilfe brauchen wir Initiative.
Werdet selber aktiv und unterstützt die Betroffenen mit Aktionen in eurer Stadt. Die bestehenden Unterstützer_innengruppen sind nicht zentral organisiert und verfügen über kein Büro. Die Unterstützer_innen organisieren sich in ihren Zusammenhängen und Netzwerken.

Das heißt:
Gründet selber Unterstützer_innen Gruppen und macht in eurer Stadt Aktionen damit sich die Informationen weitmöglichst verbreitet.
Benachrichtigt andere Gruppen mit denen ihr zusammen arbeitet schickt uns eure Termine von Aktionen, Diskussionen und Veranstaltungen. Wir werden sie auf unserer Webseite veröffentlichen.
Wir können euch auch Informationsmaterial zukommen lassen für Info- Tische und andere Veranstaltungen. Wenn ihr eine Band oder Künstler_Innen seid und die Betroffenen unterstützen möchtet und/ oder Veranstaltungsorte sucht, könnt ihr uns auch kontaktieren wir werden versuchen euch dann weiterzuhelfen. Wenn ihr als organisierte Gruppe oder über Räume verfügt die Infrastruktur zur Verfügung stellen könnte dann meldet euch bitte auch.

Es bleibt nicht viel Zeit um den Widerstand zu organisieren, aber es ist wichtig, die Angeklagten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

„Sabotons l'antiterrorisme!“
„Sabotiert den Antiterrorismus!“

Mehr Infos: http://tarnac9.noblogs.org







Castor ... same procedure as every year??

Nicht ganz! Dieses mal kam der Atomtransport erst mit einem Tag Verspätung im Zwischenlager Gorleben an, war der teuerste seit Beginn der Transporte und hat den Streit um die Endlagerung des Atommmülls neu entfacht.

80 Stunden brauchte der Stop and Go-Transport, der am Freitag den 7. November um 17:45 Uhr mit elf Behältern aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague startete - begleitet von zahlreichen Protesten. Bereits mit 11 Stunden Verspätung erreichte der Zug die französisch-deutsche Grenze.

Am frühen Montagmorgen erreicht der Transport dann den Verladebahnhof in Dannenberg. Hier stand er über Stunden, da beide Strecken ins Zwischenlager Gorleben durch Blockaden das Passieren unmöglich machten. Obwohl ein Demonstrationsverbot entlang der gesamten Strecke angeordnet wurde, konnten die Proteste nicht verhindert werden.
In Grippel, dem Knotenpunkt beider Strecken hatten sich 8 Personen in zwei Pyramide einbetoniert, deren Loslösen aus dem Betonklotz sich als äußerst zeitaufwendig erwies.

Messungen von Greenpeace zufolge soll die Strahlung der Transporte um 40 Prozent höher gewesen sein als beim Transport 2005

Bereits am 8.11.2008 hatten sich über 16.000 Teilnehmer auf der großen Anti-Atom-Demonstration vor dem Zwischenlager in Gorleben eingefunden - so viele wie seit den 70er Jahren nicht mehr.

Für den Transport waren fast 18.000 Polizisten des Bundes und der Länder im Einsatz. 9.757 Polizisten der Ländern schützten den Transport allein in der Region um Gorleben. Bei der Fahrt des Atommüllzuges quer durch Deutschland kamen zudem mehr als 8.000 Bundespolizisten zum Einsatz. Ein Teil dieser Beamten des Bundes unterstützte auch die Länderpolizei rund um Gorleben.

Repression in Zahlen:

Maßnahmen zur Strafverfolgung (gemäß StPO)
o Festnahmen: 46
o Strafverfahren gesamt: 95
o davon nach Versammlungsgesetz: 31

Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (gem. Nds. SOG und BPolG)
o Ingewahrsamnahmen: 293
o Identitätsfeststellungen: 723
o Platzverweise: 2478
o Sicherstellungen von Traktoren: 50

Und danach?

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will nun die Castor-Gegner zur Kasse bitten. "Es ist nicht hinnehmbar, dass die Allgemeinheit für die Kosten der Verzögerungen durch Blockaden aufkommen soll", erklärte der CDU-Politiker. Das niedersächsische Landeskabinett habe Justizminister Bernd Busemann (CDU) beauftragt, Änderungen des Strafrecht zu prüfen, um bei Transportverzögerungen den Verursachern die Kosten aufzuerlegen.

FÖJ - Stelle
im Selbstversorgungsverein

In einer gleichberechtigten Gruppe arbeiten und forschen wir an Gartenbaumethoden nach Permakulturplaung. Ohne Maschineneinsatz und Chemie, aber innovativ! Das Projekt ist in das verdener Ökozentrum eingebettet.

www.davyd.de/allmende
allmendeperma@web.de
04231-905030



Rote Flora im Januar 2009

So. 04.01.09, 16:00:
Offener Hinterhalt: "Antimilitarismus" - Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel 2009 in Straßbourg/Kehl und Antimilitarismus im Allgemeinen. Wer was vorbereiten möchste, soll sich melden.

Fr. 09.01.09, 23:00 Party:
"Braincore" (Drum & Bass, Breakcore, Hardcore).

Mi. 14.01.09, 19:00: Café:
Punkcafe

Sa. 17.01.09, 22:30: Party/Konzert:
"knallharte elektroriotz 2.0" (Soli für das Café Knallhart).
Floor I (Bands, danach Electro): "Fiddelaltermolk" (Mittelalter-Folk aus HH) + "Blickwinkel" (Geigenpunk aus HH) + "Bratze" (Elektro-Trash-Punk aus HH) + DJs: "Activists 69" + weitere.
Floor II: 80s/90s-Trash mit DJs Kalle + Svenja.

Fr. 23.01.09, 20:00: Infoveranstaltung/Party:
Infoveranstaltung zur aktuellen Situation des Verfahrens gegen angebliche Mitglieder der "Militanten Gruppe" (mg) in Berlin. Anschließend Diskussion über die Soliarbeit.
Danach Release-Party für den Soli-Sampler "Out of control" für die Unterstützung der Angeklagten.

Sa. 24.01.09, 23:00:
AntiRa-Party für Prozeßkosten
mit Dub Cafe Sound + Live-Acts (u.a. I Fire).

So. 25.01.09, 16:00:
Matinee-Konzert: "Kingdom" (HC/Punk aus USA) + "Bishop" (HC/Punk aus Florida/USA) + "Cobretti" (New School-HC aus Köln-Müllheim) + "SINK OR SWIM" (HC/Punk aus Duisburg).

Fr 30.01.09, 21:00:
Konzert: "Assata" (Crust/Grindcore/Techno aus Wien)
+ weitere Band.

Sa. 31.01.09, 23:00: Party:
"Dub Academy Pt. 1" - King David Sound (Berlin), Kibish Tribe (München), I- Livity I-Fi (HH).

Special Tip:

Samstag 21.02.09, 22h Party:
Soli-Party für internationalen Aktionstag (20.12.) und ZECK: 2 Ebenen: 80er, alternative Disco mit Plattenauktion (Er & sein Bruda)

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007);
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr